big

bielefeldgrün Ausgabe Dezember 2011

Europa-, Euro- und Finanzkrise
Ernergiewende für Bielefeld
Rückkauf Stadtwerke
Netzfreiheit – Netzsicherheit
Zukunftsperspektive Kreislaufwirschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Hier gibt's Antworten – auch auf Fragen, die noch nicht gestellt wurden." – So empfing uns ein Transparent beim Bundesparteitag in Kiel und so könnte auch die Zusammenfassung der Artikel dieser big-Ausgabe lauten. Gibt es zu allem schon die grünen Antworten?

Es ist ein Balanceakt für uns GRÜNE, für die Politik allgemein, den richtigen Weg zu finden zwischen Fragen, offenen Debatten, Problematisieren einerseits, und der berechtigten Erwartung der WählerInnen und Wähler, dass wir Probleme lösen, Antworten geben, andererseits.

Ursprünglich geplant als Ausgabe, die sich – passend zum Bundesparteitag – mit den Themen beschäftigen sollte, die jetzt, nachdem mit dem Atomausstieg ein so zentrales grünes Anliegen umgesetzt wird, auf der grünen Agenda stehen, rückte die EU- und Finanzkrise immer weiter nach vorne in den politischen Debatten. Und so findet Ihr auf den folgenden Seiten auch zunächst Beiträge von prominenten AutorInnen wie Sven Giegold, Annelie Buntenbach und unserer Bundestagsabgeordneten Britta Haßelmann zum Europathema – ebenso wie lokale Aspekte, Artikel dazu aus der Mitgliedschaft und der grünen Jugend.

Neonaziterror unvorstellbaren Ausmaßes und die Ankündigung, am 24.12. einen weiteren Nazi-Demo-Versuch zu starten – auch hierzu viele Fragen und eine klare Antwort: Wer am 24.12. in Bielefeld ist, sollte sich an der Gegendemo beteiligen!

Die geplanten Zukunftsthemen wie Netzpolitik, Kreislaufwirtschaft und die Umsetzung der Energiewende sollten trotzdem nicht außen vor bleiben und bilden einen zweiten Schwerpunkt dieser umfangreichsten big aller big-Zeiten.

Und auch aus dem Rathaus wuchs der Themenberg, der in einer grünen Zeitung auf jeden Fall vorkommen muss: Stadtwerke-Rückkauf, das große Thema derzeit, aber auch andere Dauerbrenner wie Dürrkopp Tor 6, Schulentwicklungsplanung oder die Sportpauschale warfen und werfen Fragen auf, die wir beantworten müssen.

Da ist es ausgesprochen ermutigend, dass es auf Parteiebene eine regelrechte Gründungswelle von Projekt-und Arbeitsgruppen gibt, die zum Mitdenken, Mitfragen, Mitlösen und – im Fall der „GRÜNEN Teufel" auch zum Mitkicken einladen.

Antwort GRÜN, wir sind nicht per se die besseren und schlaueren Politiker, aber wir machen – auch mit dieser big – den Versuch, Antworten zu beschreiben.

Und für den ungelösten Rest gilt ein weiteres Spruchband aus Kiel: Auch GRÜNE müssen nicht alles wissen.

Viel Spaß beim Lesen und erholsame Feiertage!
Marianne Weiß und die big-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Magazin 3

Antworten 1: Euro(pa)-und Finanzkrise

Europa und dem Euro eine Chance geben
Von Britta Haßelmann 4

Raus aus der Eurozonen-Krise durch Solidität, Solidarität und nachhaltige Investitionen
Von Sven Giegold 6

Sparkasse – Fels in der Brandung der Finanzkrise?
Von Klaus Rees 8

Das Leben ist kein Boni-Hof – Occupy in Bielefeld
Von Jens Burnicki 9

EU-Krise: Kurswechsel Soziales Europa
Gastkommentar von Annelie Buntenbach 10

Griechenland ist pleite. Deutschland auch?
Von Detlef Koenemann 12

Wo geht's bitte nach Europa?
Grüne Jugend Bielefeld 13

Antworten 2: Wie schaffen wir die Energiewende

Stadtwerkerückkauf: Grüne Argumente
Von Inge Schulze 14

Auf dem Weg: Energiewende für Bielefeld
Von Anja Ritschel 16

Herausforderung Energiewende
Von Detlef Koenemann 18

Kommunales

Neue Fraktionsspitze 19

Kurzmeldungen zu Dürrkopp Tor 6, Luftreinhalteplan, Sportpauschale, Sozialticket, ... 16

Kein Schulkonsens in Bielefeld
Von Inge Schulze 22

Kamp: Was darf Jugendkultur 23

Land

Aktuelles aus Düsseldorf von Matthi Bolte 24

Bund

Berlin Splitter von Britta Haßelmann 25

Auf nach Berlin von Luise Schlabach 26

Antwort: Zukunftsthemen

Digital ist besser - Grüne Netzpolitik
Von Matthi Bolte 28

Kreislaufwirtschaft Cradle to Cradle
Von Luise Schlabach 30

Denkfabrik Grün von Dominic Hallau 32

„Gelb oder Grün?" – eine Buchbesprechung
Von Tobias Zimmermann 33

Antworten: Kieler Parteitag

Lange Tage und kurze Nächte 34

Antwort Frisches GRÜN

Aus den Projekten 36

Mitgliederwerbung

Für das was wir vorhaben sind wir noch zu wenige
Von Carsten Lottner 38

Beitrittsformular 39

Wo & Wann

Termine 40

Wow, smart der Bernd?

„Ich bring dann schnell die paar Umschläge vorbei“, der Mann für alle Fälle shared ein smartes Auto und liefert den Damen vom grünen Büro (verstärkt um Herrn Jens) den Stoff aus dem die Eintüt-Träume sind. Danke, oh, Chef!

Warum nass, Klimawoche?

Es sollte ein richtig guter Aktionstag werden im Rahmen der Bielefelder Klimawoche. Der grüne Eisbär wurde auf den Jahnplatz geschleppt, ebenso Unmengen an Informations- und Erfreu-Material. Doch es kam ganz anders: Die Standbesetzung geriet in ein Unwetter vom Feinsten. Unter dem Feixen der Jungen Union-ler, lag der Bär im Graupel flach, während Christoph Sundergeld, Fabian von Blottnitz und Marianne Weiß verhinderten, dass die Infokarre dem Beispiel des Bären folgte. Extremwetter als Beweis, dass er schon da ist, der Klimawandel - wir hättens nicht gebraucht.

Wieviel Welt an der Wand?

Viele von uns Grünen haben bereits Kontakt zum „weltwärts“-Programm, als Eltern von Freiwilligen, als Unterstützer eines Freundeskreises oder durch Berichte von Freiwilligen. Jetzt haben einige der jungen Freiwilligen aus den ersten drei Jahren einen Bildkalender gestaltet und ihre Eindrücke in Bildern und Texten festgehalten. Herausgekommen ist ein beeindruckender Einblick in die Arbeit der Projekte und gleichzeitig ein sehr schöner Begleiter durch das ganze Jahr.

Der Kalender kostet 18 Euro und kann im Welthaus gekauft oder per Internet unter www.welthaus.de/shop bestellt werden (dann kommen noch Versandkosten hinzu). Helga Boldt / Mike Temme

Wie doof, die Nazis?

Man muss es ihnen lassen. Sie schaffen es immer wieder, noch einen Grund zu erzeugen, warum man sie bekämpfen muss. Zum Beispiel eine Demo am Heiligen Abend...

Auch wenn es zum Druckzeitpunkt dieser big so aussieht, als würde der für den 24.12. geplante Aufmarsch der Rechten verboten - niemand weiß wie eventuell angerufene Gerichte entscheiden. Also plant so, dass wir sie so empfangen können wie beim letzten Mal!

Wer rettet den Yasuni?

Fast parallel zu den parlamentarischen Beratungen informierte Ute Koczy, unsere regionale Abgeordnete, im Welthaus über Notwendigkeit und Schwierigkeiten, diesen bedrohten Schatz zu retten. Nachdem sich Entwicklungsminister Niebel allen Argumenten verschlossen hatte, gilt es nun, nicht nachzulassen und auf allen Ebenen Druck zu machen.

Europa und dem Euro eine Chance geben!

Seit Monaten beunruhigt uns die Krise des Euro, die uns schmerzhaft vor Augen führt, dass der Europäische Integrationsprozess noch lange nicht abgeschlossen ist und der Finanzmarkt endlich entschlossen reguliert werden muss. Europa ist für uns GRÜNE schon immer mehr gewesen als eine Wirtschaftsunion. In der Krise zeigt sich: Europa braucht auch eine Solidarunion.

Von Britta Haßelmann

Wir profitieren als stärkste Wirtschaftskraft von der Europäischen Union und der gemeinsamen Währung und sind gerade jetzt in der Krise als EuropäerInnen ganz besonders gefordert. Doch Angela Merkel hat in der Krise die Probleme zu oft verschoben, - was nicht nur Zeit, sondern auch viel Steuergeld gekostet und Vertrauen zerstört hat. Die Menschen vor Ort, aber auch wir PolitikerInnen im Bundestag, sind es leid, uns immer wieder auf neue Krisen und Konstellationen am Finanzmarkt einstellen zu müssen, weil die Probleme nicht an der Wurzel angepackt werden.

Wir haften längst für Krisenstaaten

Ärgerlich ist die Argumentation von Schwarz-Gelb, man müsse eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden vermeiden. Das ist nicht aufrichtig. Diese Vergemeinschaftung erfolgt zurzeit laufend. Längst hat die Krise zu einer verstärkten Refinanzierung südeuropäischer Banken bei der Europäischen Zentralbank geführt. Bei einem Austritt mehrerer Staaten und einer folgenden Insolvenz von Staaten und Banken würde Deutschland über die Deutsche Bundesbank und deren Anteil an der EZB für insgesamt 460 Milliarden Euro haften! Es geht also ums Ganze. Gleiches gilt für die Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB. Auch hier findet die Vergemeinschaftung von Risiken längst statt. Die Haftung Deutschlands ist also längst vorhanden, Schwarz-Gelb spricht sie nur nicht aus, lässt zu, dass Vorbehalte gegenüber unseren europäischen Nachbarn entstehen – und verhindert, dass wieder mehr Ruhe in die Märkte kommt, um dann auch Schritt für Schritt die notwendigen Reformen am Finanzmarkt umsetzen zu können.

Wir müssen die Befürchtungen der Menschen ernst nehmen, politisches Handeln erklären und nachvollziehbar machen.

Rückwirkungen auf Realwirtschaft

Unsicherheit erzeugt auch die bisher nicht gelungene Hebelung des EFSF, der ja eine Ansteckung auf andere Euro-Staaten verhindern sollte. Potentielle Anleger halten sich bislang zurück. Selbst Deutschland findet derzeit nicht genügend Anleger, die ihr Geld für 10 Jahre anlegen wollen. Und das ist nicht nur ein Problem der Anleihemärkte: Steigende Zinsen für die Refinanzierung der Staaten führen zu noch größeren Einsparzwängen, die sich negativ auf die Konjunktur auswirken. Die gestiegenen Zinsen der Staatsanleihen übertragen sich auf die Zinsen der Unternehmen. Das führt Südeuropa weiter in die Rezession und somit zu weniger Investitionen und höherer Arbeitslosigkeit, was wiederum zu niedrigeren

Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben führt, was in der Konsequenzdas die Bonität der Staaten weiter verschlechtert und zu noch höheren Zinsen führt - ein Teufelskreis.

Das zeigt: Wir brauchen dringend eine Korrektur, denn inzwischen gehen Wirtschaftsexperten davon aus, dass auch unsere Realwirtschaft von der Finanzmarktkrise erfasst wird. Unsere Wirtschaft - und damit auch wir - sitzen mit im europäischen Boot.

Nachhaltiges Krisenmanagement für Europa

Wir GRÜNE haben es von Anfang an gesagt: Ohne Euro-Bonds kommen wir aus der Eurokrise nicht heraus. Das schwarz-gelbe Argument der Vergemeinschaftung von Risiken greift hier nicht. Wir haften ja bereits mit unseren Einlagen beim EFSF, – nur dass dies nicht reichen wird, um Spanien und Italien von der Spekulation abzuschirmen.

Euro-Bonds sind keine neue Erfindung. Wie gesagt: Wir haben längst eine gemeinsame Haftung: – Ob Kredite des EFSF, die Anleihen-Käufe der EZB – für all das bürgen wir gemeinsam und das müssen wir den Menschen erklären, statt noch mehr Unsicherheit zu schüren und die Märkte weiter zu verunsichern. Europa gelingt nur zusammen.

Finanzmärkte endlich regulieren

Wir brauchen eine effektive Bankenregulierung. Insbesondere Großbanken dürfen sich nicht mehr mit ihrer „Systemrelevanz" herausreden und auf Kosten der SteuerzahlerInnen riskante Geschäfte abschließen. Wir brauchen künftig ein Trennbankensystem, das das riskantes Investmentbanking von der Tätigkeit als Geschäftsbank trennt. Investmentbanking muss von der Finanzaufsicht schärfer überwacht und mit mehr Eigenkapital unterlegt werden.

Wir brauchen auch eine Schuldenbremse für Banken, die sicherstellt, dass Banken im Verhältnis zu ihren Kreditgeschäften genügend Eigenkapital vorhalten. Mit dem Basel III-Abkommen wurde ein richtiger Schritt zur Bankenregulierung unternommen. Allerdings müssen wir die Instrumente sorgfältig austarieren. Wird die Schuldenbremse zu hoch angesetzt, kann es zu einer Kreditklemme kommen, unter der Kommunen, der Mittelstand, aber auch Immobilienbesitzer zu leiden hätten. Es muss eine Bankenregulierung geben. Sie darf aber allerdings nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen, die wir GRÜNE im Bereich des ökologischen Umbaus und des Bildungsbereichs ja sogar noch verstärken wollen, behindert werden.

Außerdem müssen mit der seit langem geforderten Finanztransaktionssteuer spekulative und kurzfristige Finanzgeschäfte unattraktiver gemacht und zugleich neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, um die Verursacher für die Krisenkosten heranzuziehen. Leider lassen sich Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble in dieser Frage immer noch von der FDP ausbremsen, die sich weiter schützend vor die Finanzlobby stellt.

Die Krise als Chance begreifen

Schließlich dürfen wir nicht zusehen, wie unsere Nachbarländer – und am Ende wir - in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale geraten. Wir brauchen eine europäische Strategie, die notwendige Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen in ökologische Modernisierung und Investitionen in Bildung zusammen bringt und damit zugleich Impulse für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung setzt. Dazu müssen wir die Europäische Union in die Lage versetzen, ihre Kohäsionspolitik sozial-ökologisch auszurichten und prüfen, ob wir spezielle Programme für sparende Empfängerstaaten auflegen.

Die Autorin ist Bielefelder Bundestagsabgeordnete

Raus aus der Eurozonen-Krise durch Solidität, Solidarität und nachhaltige Investitionen

Von Sven Giegold

Die Rettungsprogramme für die europäischen Krisenländer wirken nicht wie erhofft. In Griechenland steigt die Gefahr, dass ein Staatsbankrott nicht vermieden werden kann. In Griechenland und Portugal ist die Arbeitslosigkeit von 2008 bis 2010 stark angestiegen, in Spanien hat sie sich im Vergleich zum Vorkrisen Niveau von rund 11% (2008) fast verdoppelt auf rund 20% (2010). Außerdem leben in Griechenland und Portugal mittlerweile 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. In Spanien ist die Anzahl von Menschen, die mit weniger als 530 Euro monatlich auskommen müssen, innerhalb von drei Jahren um eine Million, auf über 9 Millionen, angewachsen. Alle Versuche, in einer Politik kleiner Schritte „auf Sicht" aus der Krise herauszukommen, sind offensichtlich überfordert. Die Europäischen GRÜNEN schlagen stattdessen eine „Europäische Wirtschaftsunion" vor. Statt Europaskepsis und Renationalisierung braucht Europa eine Strategie, die aus den Säulen Solidarität, Solidität und Nachhaltigkeit besteht und neue langfristige Krisen vermeidet.

Verantwortung für Haushaltsdisziplin und gegen wirtschaftliche Ungleichgewichte

Die Ursache der Krise in Spanien, Irland, Portugal und auch in Griechenland ist vor allem eine Explosion von konsum- und immobiliengetriebener Privatverschuldung als Folge der immer größeren Ansammlung billigen Geldes. Der schnelle Zustrom von Krediten beschleunigte zudem das allgemeine Kostenniveau und kostete die Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit. Erst darauf folgte – mit Ausnahme Griechenlands – die unnachhaltige Erhöhung der Staatsverschuldung. Deshalb ist es unerlässlich, zukünftig effektive Maßnahmen gegen wirtschaftliche Ungleichgewichte zu ergreifen. Die Wirtschaftspolitik der Euroländer darf nicht mehr gegeneinander gerichtet sein, sondern muss den wirtschaftlichen Erfolg aller Staaten im Rahmen einer gemeinsamen Währung in den Mittelpunkt stellen. Das Auseinanderentwickeln der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Euroländer ist mit der gemeinsamen Währung auf Dauer nicht zu vereinbaren.

Maßnahmen gegen übermäßige Ungleichgewichte sind im den kürzlich vom Rat der Europäischen Mitgliedsländer und dem Europaparlament verabschiedeten „Economic Governance-Paket" enthalten. Sowohl Mitgliedsländer mit Überschüssen von Exporten im Vergleich zu Importen, als auch Staaten mit Defiziten müssen zukünftig einen Beitrag zum Abbau der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte leisten. Im Falle des Nichthandelns drohen Sanktionen. Länder mit Problemen bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit müssen Reformen vornehmen und ihre Kosten senken. Länder mit Exportüberschüssen müssen ihre Nachfrage steigern. Es ist wichtig zu beachten, dass Exporterfolge von Mitgliedern der Eurozone der notwendigen Verschuldung der Importländer mit Defiziten entsprechen. Aus deutscher Sicht hat es sich als unklug erwiesen, dreistellige Milliarden-Summen risikoreich ins Ausland zu verleihen, anstatt sie in die Zukunft zu investieren. Die Maßnahmen des Green New Deal in Deutschland wie Mindestlöhne, faire Lohnabschlüsse und Zukunftsinvestitionen in Bildung und Klimaschutz würden unsere Exportwirtschaft kaum schwächen, aber die Kaufkraft für Importe aus den Partnerländern steigern und damit auch den Euro stabilisieren.

Zudem müssen ökonomische Statistiken und Haushaltszahlen in Zukunft umfassend und transparent sein und vor allem der Wahrheit entsprechen. Dafür sorgen die durch das Economic Governance-Paket gesetzlich verankerten Anforderungen, wie striktere Statistikregeln und die obligatorische Analyse der Daten durch unabhängige Institute. Somit ist ein beherzter Schritt gegen manipulierte Haushaltsdaten gemacht worden. Gerade bei Risiken aus Public-Private-Partnerships werden nun auch die Bundesregierung, Länder und Kommunen gefordert sein, versteckte Schulden und Risiken zu erfassen und transparent zu machen.

Finanzielle Solidität als andere Seite der Euro-Solidarität

Klare Grenzen für öffentliche Schulden, Schuldenabbau und ein effektiver Stabilitäts- und Wachstumspakt sind weitere zentrale Stützen der gerade beschlossenen zukünftigen Euro-Regeln. Sie sind notwendig für unsere Zukunft, denn die nachfolgenden Generationen europäischer BürgerInnen haben ein Recht auf gesunde öffentliche Kassen. Die neuen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Defizitverfahren zu straffen, die Spielräume für Haushaltsdefizite einzuengen und auch den Schuldenstand über 60% des BIP konsequent zurück zu führen, sind deshalb zu begrüßen.

Jedoch muss bei den Sparanstrengungen die soziale und ökologische Balance gewahrt werden. Bei den bisherigen Sparmaßnahmen in den Krisenländern werden die Lasten der Haushaltskonsolidierung vor allem auf den Schultern der Mittelschicht, Geringverdiener und Armen abgeladen. Entsprechend haben Armut und Arbeitslosigkeit zugenommen, während die, auch in den südlichen Mitgliedsländern, stark angewachsenen Vermögen nicht belastet wurden.

Immer deutlicher wird, dass diese Strategie nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch gescheitert ist. Denn das Wachstum springt nicht an, was die staatlichen Einnahmen weiter nach unten drückt. Die Neuverschuldung bleibt deshalb hoch. Diese Art des Schuldenabbaus schädigt zunehmend die Unterstützung für die Europäische Union selbst.

Deshalb ist es jetzt essentiell, nachhaltige Investitionen in Zukunftsbereiche, wie erneuerbare Energien, nachhaltigen Tourismus und Bildung im Rahmen eines Green New Deal parallel zu den notwendigen Reform- und Sanierungsprogrammen vorzunehmen. Außerdem brauchen wir eine bessere Steuerkooperation in Europa, um Steuerdumping zu verhindern und die staatlichen Einnahmen zu stärken. Auch die Finanztransaktionssteuer muss nun endlich kommen.

Die grüne Strategie aus Solidarität, Solidität und nachhaltigen Investitionen bietet einen langfristigen Weg aus der Krise. Kurzfristig jedoch muss die Finanzierung aller Eurostaaten gesichert werden. Ihre Reformanstrengungen können nur gelingen, wenn sie nicht von wachsenden Zinslasten erdrückt werden. Der Rettungsschirm EFSF ist zu klein, um auch Spanien und Italien stabilisieren zu können. Der Ansatz der Bundesregierung, dass sich alle Euroländer selbst um ihre Finanzierung kümmern sollen, ist gescheitert. Die lange Blockadepolitik gegen Europäische Anleihen hat nun die Unsicherheit an den Finanzmärkten so weit erhöht, dass die EZB zum Handeln genötigt wurde. Die Glaubwürdigkeit der EZB wird zunehmend beschädigt. Daher muss sich die Bundesregierung bei den Euroanleihen endlich bewegen. Die Eurobonds können dann verknüpft werden mit starken Auflagen bei der Haushaltssanierung, damit mithaftende Staaten wie Deutschland nicht auf den Verlusten sitzen bleiben.

Nachdenklich: Dominic Hallau, Britta Haßelmann und Sven Giegold bei unserer Euroveranstaltung. Der nebenstehende Text entstand erst kurz vor Druck dieser Ausgabe der big.

Die Erfolgsgeschichte der EU beruht auf Lehren, die weitsichtige PolitikerInnen aus der Geschichte des Kontinents nach zwei Weltkriegen gezogen hatten. Frieden, Freiheit, Demokratie lassen sich besser gewährleisten, wenn nicht nur nationale Interessen verfolgt werden, sondern die Staaten Europas politisch und wirtschaftlich immer fester zusammenarbeiten. Das Versprechen demokratischer Werte wäre unvollkommen ohne das Ziel sozialer Gerechtigkeit und dem Erhalt der Natur. Auch in der momentanen Krise gilt es diese drei Ziele im Blick zu behalten: Eine Wirtschaftspolitik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit führt uns dorthin.

Sven Giegold, MdEP für die NRW-GRÜNEN, ist Koordinator der GRÜNEN im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europaparlaments. Er ist Mitgründer von Attac Deutschland und engagiert sich in der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Mehr: www.sven-giegold.de /sowie facebook/twitter: sven_giegold

Sparkasse

Fels in der Brandung der Finanzkrise?

Von Klaus Rees

Vor einigen Jahren, als Herr Ackermann noch Renditen von 20-25 Prozent bei seiner (Deutschen) Bank verkündete, waren diejenigen, die ihr Geld bei den Sparkassen anlegten, schlicht „old school" oder unmodern. Mittlerweile, nach den Erfahrungen der Banken- und Finanzkrise, wissen wir nicht nur was „systemrelevant" ist, sondern wir haben eine Säule des deutschen Bankensystems als besonders stabil und krisenresistent kennengelernt: die Sparkassen. Die 410 Kreditinstitute in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, deren Gemeinwohlorientierung per Gesetz festgelegt ist, haben zu keinem Zeitpunkt größere Probleme mit spekulativen Anlagen gehabt und eine „Kreditklemme" gab es für ihre Kunden auch nicht. Das hat letztlich alle Kritiker sowohl im Inland als auch auf der europäischen Ebene verstummen lassen, die vor einigen Jahren noch den öffentlich-rechtlichen Bankensektor in Deutschland abschaffen wollten.

Das Geschäftsmodell der Sparkassen mit den Bestandteilen Gemeinwohlorientierung statt Gewinnmaximierung, sowie möglichst flächendeckender Geld- und Kreditversorgung im regionalen Einzugsbereich hat sich bewährt.

Gerade die guten Kenntnisse des wirtschaftlichen Umfelds in Stadt und Region führten dazu, dass die Sparkassen auch während der Finanzkrise ihr Kreditvolumen ausweiten und ihr Eigenkapital aufstocken konnten, während die Großbanken zu teilweise gravierenden Einschränkungen kommen mussten. Im (Krisen-) Jahr 2009 betrug das Ergebnis aller deutschen Sparkassen vor Steuern 4,6 Mrd. Euro, davon wurden 2,3 Mrd. Euro Steuern gezahlt. Das operative Ergebnis konnte um 22% im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden. Trotz Stellenabbau blieben die Sparkassen mit 249.600 MitarbeiterInnen der größte Beschäftigungsgeber in der Kreditwirtschaft. Die Sparkassen sind, trotz zunehmender Konkurrenz, in der Regel Marktführer sowohl im Firmen- wie im Privatkundengeschäft. In Bielefeld unterhalten derzeit 73% der Firmen- und 66% der Privatkunden ihr Konto bei der Sparkasse. Ihrer Gemeinwohlverpflichtung kommen die Sparkassen durch vielfältiges Engagement in ihrem Einzugsbereich nach: Sie fördern Bildung und Sport, Kunst und Kultur, beteiligen sich an Gründerinitiativen und stellen Risiko- bzw. Gründerfonds zur Verfügung. In Bielefeld legte die Sparkasse in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken bereits zum zweiten Mal ein spezielles Anlageprodukt (EnerBest Klima; Umfang: 10 Mio. Euro) auf, mit dem Mittel zum Ausbau der regenerativen Energieversorgung akquiriert wurden. Während die überregional agierenden Banken stark auf gewerbliche Großkunden orientiert sind, liegt und der Fokus der Sparkassen seit jeher auf dem Kleinkundengeschäft. Dieses mag zwar kurzfristig betrachtet weniger rentabel sein, mittel- und langfristig sorgt es aber für dauerhafte, positive Erträge. Dass diese Strategie so falsch nicht sein kann, zeigt die Umorientierung der krisengebeutelten Banken, die sich zunehmend wieder stärker um den Bereich der Privatkunden und das „private banking" kümmern.

Ein weiteres großes Plus der Sparkassen stellt das System der „Institutssicherung" für den gesamten Sparkassenverband dar. Durch diesen wohl einzigartigen Haftungsverbund auf Solidarbasis sollen Insolvenzen von beteiligten Sparkassen verhindert und die Einlagen der Kunden gesichert werden. In den wenigen Fällen, in denen die Sicherung gebraucht wurde, hat das System bisher funktioniert.

Gut aufgestellt für die Zukunft

Durch ihre hervorragende Eigenkapitalausstattung und ihre risikominimierende Kreditpolitik werden die Sparkassen keine größeren Probleme mit den Anforderungen des sog. „Basel III"-Abkommens bekommen. Handlungsbedarf gibt es aber im Bereich der Landesbanken, die ebenfalls zum Sparkassen- und Giroverband gehören. Die laufende Abwicklung der WestLB birgt noch erhebliche Risiken für die beteiligten Institute, und die bevorstehende Konsolidierung des gesamten Landesbankensektors wird eine gewaltige Kraftanstrengung erfordern. Sinkende Margen und geringere Zinsüberschüsse bei steigenden Kosten werden absehbar zu weiteren Fusionen (in der Region geschieht das gerade mit den Sparkassen Detmold und Paderborn) führen. Insgesamt ist der öffentlich-rechtliche Banksektor in Deutschland jedoch gut gerüstet für die Zukunft!

Klaus Rees ist Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld

Daten und Fakten (2010) zur Sparkasse Bielefeld

Bilanzsumme:	**5,3Mrd.Euro**
Kreditvolumen:	**3,47 Mrd. Euro**
Bestand an Kundeneinlagen:	**4,1 Mrd. Euro**
Jahresüberschuss:	**7,2 Mio. Euro**
Cost Income Ratio	**51, 9%**
Eigenkapitalquote (nach KWG)	**ca. 560 Mio. Euro (16,53%)**
Anzahl Filialen:	**48**
Personalbestand:	**1.467 Beschäftigte**

Occupy in Bielefeld

Das Leben ist kein Boni-Hof

Spätestens seit dem 29. Oktober steht fest: Die Occupy-Bewegung, die ihren Anfang am 17. September an der New Yorker Wall Street fand, hat Bielefeld erreicht. „Besetzt" wurde der Vorplatz des Rathauses mit Wolldecken, Fladenbrot, Transparenten und einem offenen Mikrofon. Über 200 TeilnehmerInnen sämtlicher Altersklassen empörten sich auf charmante Art und Weise. Weitere Aktionen folgten und werden folgen.

Occupy versteht sich, wie beschrieben, als überparteilich. Wir GRÜNE haben bundesweit und lokal zur Unterstützung dieser Bewegung aufgerufen.

Von Jens Burnicki

Vielen BielefelderInnen war von Anfang an klar, dass sie sich der Occupy-Bewegung anschließen wollten, die eine grundsätzliche Reform des Finanzsektors fordert. Nur gab es in Bielefeld zunächst keine vergleichbaren Kundgebungen. Ende Oktober hatten es eine Handvoll Aktivisten satt, auf andere zu warten und starteten einen ersten Aufruf – mit durchschlagendem Erfolg. Innerhalb von fünf Tagen wurde via Mail und Facebook zu einem ersten Treffen in der Bürgerwache geladen. Gleich beim ersten Zusammenkommen platzten die Räumlichkeiten aus allen Nähten. Mitorganisatorin Franziska Richter, die sich auch als Umweltaktivistin bei der Grünen Jugend in Bielefeld engagiert: „Circa 30 Interessierte waren die Bestätigung, dass wir nicht alleine das Gefühl hatten, dass wir was tun müssen."

Wir sind die 99 Prozent

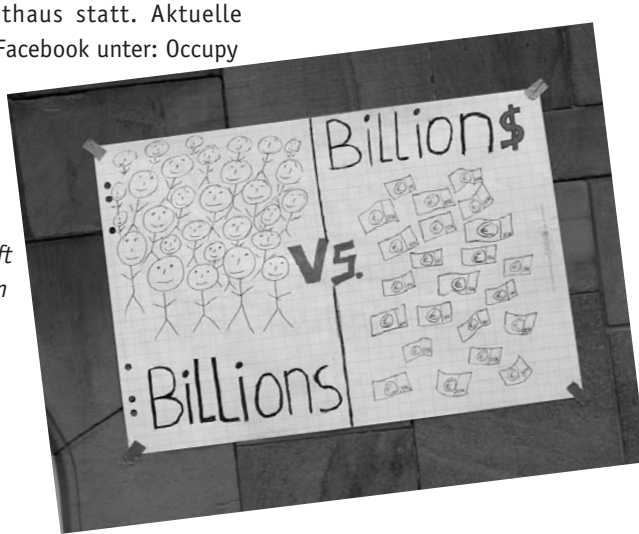
Das Konzept der Samstagsaktionen geht auch in Bielefeld auf: Die gewünschte Picknickatmosphäre war betont ungezwungen und bot viel Raum für Gespräche. Erfreulicherweise gab es Unterstützung durch Spenden in Form von Kuchen, einer Musikanlage oder auch Geld. Vor allem das offene Mikrofon wurde überraschend gut angenommen und bot einen tiefen Einblick in die aktuelle Gedankenwelt der Teilnehmenden. Wer sich mit dem Mikrofon nicht anfreunden konnte veröffentlichte seine Gedanken auf großen Plakaten. Die Occupy Bewegung bietet in Bielefeld einen Raum, in dem die BürgerInnen offen ihre Meinung sagen und über alternative Lösungen für die derzeitigen Probleme diskutiert können. Natürlich steht auch in Bielefeld, wie beim New Yorker Vorbild, die Finanzkrise im Vordergrund. Das Motto der Occupy-Wall-Street-Bewegung lautet „Wir sind die 99 Prozent" und bezieht sich auf die ungerechte Verteilung der Vermögen. Den Organisatoren hier vor Ort geht es aber zusätzlich auch um allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen, die Angst vor der Aushebelung der Demokratie und den Wunsch nach mehr Mitbestimmung des Einzelnen. Occupy Bielefeld gibt sich dabei betont undogmatisch und ist losgelöst von Parteiprogrammen und starren Konzepten.

Banken in die Schranken!

Nach der großen Medienresonanz geht der Protest weiter; die Luft ist noch lange nicht raus. Ziel ist es, feste Strukturen des Austausches zu schaffen und neue Formen des Miteinanders zu erproben, die sich von klassischen Kampagnen unterscheiden. Hier wird nicht gegen Atomkraftwerke oder überdimensionale Bahnhofsprojekte demonstriert, sondern gegen etwas vordergründig Immaterielles, nicht Greifbares. Dank Occupy Bielefeld muss keiner hilflos hinter seiner Zeitung sitzen bleiben und alleine versuchen, das aktuelle Geschehen zu verstehen. „Die Thematik ist für viele sehr abstrakt und teilweise abstrus", berichtet Franziska. „Doch auch, wenn nicht jeder alle Details versteht, sehen die meisten, dass da was falsch läuft." Auffällig ist, dass ein Großteil des „harten Kerns" aus etablierten Organisationen zu Occupy stößt, weil sie auf der Suche nach etwas sind, das sie in diesen bestehenden Strukturen nicht finden. Was vielleicht neu ist, ist die Dynamik, mit der die weltweite Occupy-Protestbewegung entstanden ist. Eine kleine Initialzündung Einzelner hat in kürzester Zeit Tausende mobilisiert, ohne klassische Strukturen und Planungskomitees. Durch das Internet wurden länderübergreifend Informationen ausgetauscht und Formen des progressiven Aktivismus kopiert. Trotz aller Geschwindigkeit nimmt die Bewegung sich Zeit und stellt keine überstürzten Forderungen.

Für alle, die sich Occupy anschließen wollen, gibt es jeden Freitag um 18 Uhr ein Treffen an der Bürgerwache auf dem Siegfriedplatz. Am 17. Dezember findet dann erneut eine Kundgebung vor dem dem Rathaus statt. Aktuelle Informationen gibt es bei Facebook unter: Occupy Bielefeld – wir sind 99%.

Der Autor ist neues Mitglied im KV-Bielefeld und hat sich angeboten, die big in Zukunft redaktionell zu unterstützenn



von Annelie Buntenbach

EU-Krise: Kurswechsel Soziales Europa

Die Europäische Union steht vor ihrer schwierigsten Bewährungsprobe. Sie muss die Finanzmärkte unter Kontrolle bringen, die hoch verschuldeten Mitgliedsstaaten bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und gleichzeitig die Weichen für mehr qualitatives Wachstum und Beschäftigung stellen. Die Anti-Krisentherapien konzentrieren sich jedoch allein auf einseitige Interpretationen von Wettbewerbsfähigkeit.

Die aktuelle Überschrift dafür heißt „Fiskalunion". Hier geht es um eine Art vereinigter Haushaltspolitik in Europa unter scharfem Spardiktat - Austeritätspolitik - ohne dass etwa die Einnahmeseite verbessert würde. Der Steuerunterbietungswettlauf geht munter weiter, nicht einmal eine Koordinierung bei der Körperschaftssteuer ist in Sicht und auf die dringend nötige Finanztransaktionssteuer warten wir bis heute.

Auch die demokratische Beteiligung der Menschen in Europa droht nach den Merkel-Sarkozy-Plänen auf der Strecke zu bleiben: Die Vereinbarungen finden ausschließlich zwischen den Regierungen der europäischen Staaten statt, die bessere Koordinierung in der Fiskalunion stellt man sich offensichtlich rein intergouvernemental vor – keine besseren Rechte für das Europaparlament, Vertragsänderungen durch die kalte Küche ohne Konvent oder gar Referenden in den Mitgliedsstaaten.

Gefahr für soziale Grundreche

Und: Die sozialen Grundrechte in Europa drohen unter die Räder zu geraten: Die Krise wird als Brandbeschleuniger für den Abbau von sozialen Absicherungen, Arbeitnehmerrechten und Druck auf das gesamte Lohngefüge missbraucht. Das Verfahren zur Überwachung der nationalen Haushalte („Europäisches Semester"), der zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten verabredete „EURO-Plus-Pakt" und die Anfang Oktober 2011 verabschiedeten Maßnahmen zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zur Steuerung der Wirtschaft („Sixpack") setzen folglich allein auf strikte Konsolidierung der öffentlichen Budgets und „strukturelle Reformen", insbesondere auf den Arbeitsmärkten und innerhalb der Sozialschutzsysteme. Löhne, Gehälter und Sozialleistungen werden gekürzt. Das Rentenalter soll erhöht, die Renten gekappt werden.

In Griechenland wird diese Strategie seit Monaten umgesetzt. Das Land dient als Laboratorium einer Konsolidierungspolitik, die die Lasten des staatlichen Schuldenabbaus allein auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslosen und sozial Schwächsten verlagert. Dieser Austeritätskurs treibt das Land immer tiefer in die Rezession, führt zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit und erschwert letztlich auch die Sanierung des Staatshaushaltes. Der Versuch, sich aus der Krise herauszusparen,

zieht die Wirtschaft weiter in den Abgrund. Es ist ein Programm, das zum Sprengsatz für ganz Europa werden kann, denn es soll nicht nur für Griechenland, sondern für die gesamte EU gelten. So musste zum Beispiel auch Irland den gesetzlichen Mindestlohn kürzen und Belgien die gesetzlich verankerte Lohnindexierung abschaffen.

Nährboden für Europaunmut

Inzwischen steigt der gesellschaftliche Unmut spürbar. In vielen Mitgliedstaaten verliert der europäische Gedanke an Überzeugungskraft. Die Gefahr, dass sich die Empörung über die unsoziale Politik der EU in rechtspopulistische, antidemokratische Strömungen verrennt, steigt.

Wir brauchen – das ist die Haltung der Gewerkschaften - ein starkes Europa, das die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürgerinnen auf Teilhabe an Demokratie und Wohlstand garantiert und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht. Wenn wir dieses Europa erreichen wollen, brauchen wir dringend einen Kurswechsel. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren zur Erarbeitung einer Strategie des wirtschaftlichen und sozialen Aufbruchs - das mindeste ist, den einseitigen Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen „Sozialen Stabilitätspakt“ von mindestens gleichem Rang und Wert zu ergänzen.

Die Mitgliedstaaten der EU müssen gemeinsam und solidarisch Verantwortung für die Konsolidierung der stark verschuldeten Länderhaushalte übernehmen und geeignete Finanzmechanismen wie etwa Europäische Anleihen („Eurobonds“) und eine Bank für öffentliche Kreditvergabe etablieren. Im Rahmen eines „Europäischen Marshall-Plans“ sollten notleidende Mitgliedstaaten und wirtschaftsschwache Regionen mehr Unterstützung erhalten. Außerdem müssen zerstörerische Spekulationen verboten und Wetten auf den finanziellen Niedergang von Staaten verhindert werden. Die Staaten müssen endlich aus der Falle der Finanzmarktspekulationen herausgeholt werden. Eine europaweit koordinierte Reichensteuer sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer können zur Tilgung der Schulden beitragen und neue Impulse für eine soziale und ökologische Stabilisierung Europas geben. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss verbessert werden und nicht immer weiter unter Privatisierungsdruck gesetzt werden – das geht im Ergebnis zulasten der Ärmsten und all derjenigen, die auf öffentlich gewährleistete, bezahlbare Zugänge zu öffentlicher Infrastruktur angewiesen sind, weil sie keine dicken Konten in den Steuerparadiesen der Welt liegen haben.

Die Konsolidierung der Staatshaushalte muss unter Respekt für öffentliche Daseinsvorsorge und sozialstaatlichen Ausgleich erfolgen, die Spaltung

der Gesellschaft in Europa muss verringert und nicht noch verschärft werden. Auf keinen Fall darf es zu Eingriffen in die gesetzlich oder gar verfassungsrechtlich verbrieften Rechte oder Sozialsysteme kommen. Die Autonomie der Sozialpartner, das freie Aushandeln von Löhnen und Arbeitsbedingungen sind unbedingt zu respektieren. Sie gehören zu den wichtigsten Grundpfeilern der Demokratie. Gleichzeitig ist die europaweite Einführung wirksamer Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping notwendig, um ein Ausspielen der Mitgliedstaaten gegeneinander zu verhindern.

Man spricht Deutsch

Die Arroganz der deutschen Schulmeisterei in Europa, von der die Verkündigung eines Herrn Kauder, in Europa würde in Zukunft Deutsch gesprochen, ja nur die Spitze des Eisbergs ist, entspricht übrigens der Hartnäckigkeit der eigenen Lernverweigerung: Wenn es ein Erfolgsmodell in Europa gibt, dann ist es doch der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn auf existenzsicherndem Niveau. Nur Deutschland kriegt das nicht auf die Reihe. Bis jetzt.

Die Autorin, Mitglied der Bielefelder GRÜNEN, gehört dem geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand an.

Griechenland ist pleite. Deutschland auch?

Von Detlef Koenemann

Britta Haßelmann setzte sich in der „little big“ dafür ein, dass wir Griechenland nicht im Stich lassen. Das ist auch gut so, aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, was das für uns bedeutet.

Griechenland ist pleite und wird es nicht schaffen, seine Schulden zurückzuzahlen. Damit werden wir uns abfinden müssen, denn es gibt kaum einen Ökonomen, der das bestreitet. Letzten Endes müssen die reicheren europäischen Länder, allen voran Deutschland, die griechischen Schulden übernehmen. Sonst kommt Griechenland nie wieder auf die Beine. Außerdem braucht Griechenland kein Sparprogramm, sondern ein Investitionsprogramm. Harte Sparmaßnahmen würden nur die wirtschaftliche Entwicklung abwürgen. Stattdessen müssen noch viele Milliarden fließen, um die griechische Wirtschaft endlich konkurrenzfähig zu machen. Auch dieses Geld muss von der EU kommen, also auch von Deutschland.

Allein der deutsche Anteil am Rettungsschirm wird mit 211 Milliarden Euro beziffert. Weil wir das Geld nicht haben, müssen wir es uns leihen, ebenso die Zinsen, die wir natürlich zahlen müssen, aber auch nicht haben. Macht zusammen mindestens 250 Milliarden Euro. Um diesen Betrag wird sich die Staatsverschuldung Deutschlands, die gerade erst die 2.000-Milliarden-Grenze überschritten hat, erhöhen. Denn keines der Länder, die unter den Rettungsschirm schlüpfen, wird das Geld jemals zurückzahlen können. Wovon denn auch?

Deutsche Staatsverschuldung

Und damit sind wir bei der Frage angekommen, ob Deutschland auch pleite ist. Im Prinzip ja, denn Deutschland kann schon seit vielen Jahren seine Schulden nicht mehr bezahlen. Alte Schulden werden einfach durch neue Schulden abgelöst. Das ist sehr einfach am stetig wachsenden Schuldenberg zu erkennen. Das einzige, was wir noch zahlen können, sind die Zinsen, die einen großen Teil der Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen verschlingen.

„Natürlich sind wir nicht pleite!“, ruft uns die Bundesregierung entrüstet entgegen. Deutschland steht doch im internationalen Vergleich prächtig da. Der Export brummt und die Wirtschaft wächst so stark wie lange nicht mehr. Alles ist wunderbar. Nur eines stört dieses schöne Bild: Die Schulden steigen unaufhörlich weiter. Zwischen 2005 und 2010 allein um 500 Milliarden Euro. Die Staatsverschuldung hat bereits 82 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht und übertrifft die von uns selbst gesetzte Höchstgrenze deutlich.

Schulden forever?

Können wir diesen gigantischen Schuldenberg überhaupt noch abtragen? Wohl kaum, wie das folgende Beispiel zeigt: Wenn es dem Finanzminister vielleicht in zwei Jahren einmal gelingen sollte, 10 Milliarden Euro zurückzuzahlen (was in den vergangenen 30 Jahren noch keinem gelungen ist), dann wäre das ein großartiger Erfolg. Ein Kraftakt, den der Finanzminister allerdings 200-Mal wiederholen müsste, um die Schulden abzutragen. Im besten Fall würde es also 200 Jahre dauern.

Dieses einfache Beispiel zeigt, dass es unmöglich ist, von diesem Schuldenberg wieder herunterzukommen. Die Schulden werden stattdessen unaufhörlich weiter steigen, und in zehn Jahren, wenn unsere Generation von der politischen Bühne verschwindet, werden wir der nächsten Generation einen riesigen Schuldenberg vererben.

Nehmen wir an, es sind 3.000 Milliarden Euro, etwa 100 % des dann erreichten Bruttosozialproduktes. Solange die Zinsen niedrig bleiben, mag das noch bezahlbar sein. Wenn aber die Zinsen auf 5 Prozent steigen, wächst die jährliche Zinsbelastung auf 150 Milliarden Euro an, und das wird die letzten finanziellen Spielräume zunichtemachen. Der Finanzminister hat dann nur noch durchlaufende Posten: Zinsen, Renten, Pensionen, Gesundheit, Arbeitsagentur ... und andere Pflichtausgaben. Das wäre das Ende der Politik, und die nächste Generation wird unsere sorglose Schuldenmacherei zu Recht verfluchen.

Wir müssen uns eine Grenze setzen. Wenn wir verhindern wollen, dass die Schulden auf 2.500 Milliarden anwachsen, dann müssen wir heute schon mit dem Sparen anfangen. Ansonsten würden wir der nächsten Generation viele Zukunftschancen rauben.

Detlef Koenemann ist Mitglied im KV Bielefeld

Wo geht's bitte nach Europa?

Die Schuldenkrise zeigt eindrucksvoll, dass eine Politik der nationalen Egoismen ausgedient hat. Der grenzenlose Transfer von Gütern, Dienstleistungen und Finanzprodukten ist an die natürliche Grenze des Systems gestoßen. Wo kein Staat der Welt allein ein globales Marktversagen verhindern kann, braucht es neue Institutionen

Selten hat ein Begriff in so wenigen Jahren einen so starken Imagewandel durchgemacht: Das Phänomen weltweit vernetzter Märkte, grenzenlosem Warenaustausch und des globalen Wachstums, die Globalisierung, war in den letzten 20 Jahren das geflügelte Wort in wirtschaftspolitischen Debatten. Die hässliche Kehrseite, Umweltzerstörung und Armut, ließen sich, dank glänzender Konsumaussichten, ignorieren. Die Prinzipien „Alle gegen Alle" und „Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis" beschränkten die multilaterale Politik auf Vorgaben zum Freihandel und dem Zurückdrängen staatlicher Regeln. Diese Ära ging (oder geht) als Zeitalter des „Neoliberalismus" in die Erinnerung ein, ein Dogma dem sich aus Sicht der grünen Jugend auch die grüne Partei unterwarf und aktiv die Deregulierung auf dem Arbeits- und Finanzmarkt voran trieb. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Wurmfortsatz der Eurokrise müsste ein Umdenken eingetreten sein. Eigentlich.

Übergewicht und Sahnetorte

Wer sich die aktuelle Krisenpolitik der Europäischen Union – beziehungsweise die ihrer dominierenden Kräfte – anschaut, erkennt ein politisches Handlungsmuster, das nach dem Prinzip verfährt „Übergewicht mit Sahnetorte bekämpfen". Jenseits der feuerwehrartigen Maßnahmen zur Rettung des Euro durch künstliche Reduktion der Zinsen auf Staatsanleihen, begibt sich Griechenland unter maßgeblichem Einfluss des IWF auf einen Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung. Die Verkleinerung des aufgeblähten Staatsapparats dient als Vorwand zu einem umfassenden Abbau staatlicher Infrastruktur, flankiert von einer arbeitsmarktpolitischen Radikalkur. Die krude Idee dahinter: Griechenland muss mittelfristig wieder wettbewerbsfähig werden, um sich im europäischen Gegeneinander eine gute Position zu erkämpfen, ungeachtet dessen, dass das Land kurzfristig in eine tiefe Rezession stürzt und völlig den Anschluss zu verlieren droht. Dieses Handlungsmuster ließe sich beliebig auf jedes andere Krisenland der Eurozone übertragen.

Nun fällt auf, dass das Mantra der „Europäischen Solidarität" keine sozialromantische Worthülse, sondern ein ökonomisches Gegenmodell zur gegenwärtigen Politik darstellt. Aus der Erkenntnis, dass globalisierte Märkte auch supranationale Regeln brauchen, wurden in der Vergangenheit trotz größerer europäischer Zentralisierung noch nicht die letzten Konsequenzen gezogen. Eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung könnte zwischen wirtschaftlich unterschiedlich positionierten Eurostaaten einen Ausgleich schaffen. Gemeinsame Wettbewerbsgrundlagen durch harmonisierte europaweite Arbeitsmarkt-, Umweltschutz- und Steuergesetze treten an die Stelle der Abwärtsspirale von Deregulierung und Staatsverschuldung. Dazu gehören auch Konjunkturprogramme, die nicht nur eigene nationale Interessen bedienen, sondern gesamteuropäisch wirken und ausgeglichene Handelsbilanzen der Euroländer anstreben. Dass ausgerechnet Deutschland den moralischen Zeigefinger bei der Staatsverschuldung anderer Länder hebt und selber seit Jahren milliardenschwere Handelsbilanzüberschüsse im Bezug auf die Eurozone vor sich herschiebt, zeigt, dass gerade die aktuelle Bundesregierung im alten national geprägten Denken verhaftet ist. Ob ein Green New Deal tatsächlich dieser Problematik entgegenwirkt und für eine höhere Binnennachfrage sorgt, oder Deutschland lediglich zum Großexporteur von Green Technology macht, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass es ein gesamteuropäisches, solidarisches Konzept zur Krisenbewältigung braucht. Die Zeit des Spielens im eigenen Sandkasten ist vorbei.

Enno Wiesner für die Grüne Jugend Bielefeld

Risikofaktor: Bielefelds Beteiligung an Grohnde

100% Rekommunalisierung

Entscheidung zum Rückkauf der Stadtwerke vertagt

Vergleich zwischen Bielefeld und Bremen über die Konditionen des Kaufpreises zunächst gescheitert

Von Inge Schulze

Am 1.12. 2011 musste der Oberbürgermeister im Hauptausschuss erklären, dass eine kurzfristige Umsetzung des Rückkaufs nicht möglich ist. Das Schiedsverfahren wird fortgesetzt, die Option zum Rückkauf bleibt erhalten, fraglich ist nur, wann es zu einer Entscheidung kommen kann.

Die Vorgeschichte

Seit 2009 versucht die Stadt Bielefeld, den Anteil von 49,9% an den Stadtwerken Bielefeld von den Stadtwerken Bremen (swb) AG zurück zu kaufen. Die Wahrnehmung des Rückkaufrechts durch die Stadt Bielefeld bei einem Eigentümerwechsel in Bremen ist vertraglich abgesichert. Für den Fall, dass keine Einigung über den Rückkaufpreis erzielt werden kann wurde ein Schiedsgerichtsverfahren vereinbart. War ein solches Verfahren seinerzeit als vorteilhaft beschworen worden, entpuppt es sich nun als teuer und hochkompliziert, da die Auslegung des vereinbarten Verfahrens zwischen den Bielefeldern und den Bremern strittig ist.

Vergleichsbemühungen

Das Schiedsgericht hat den Beteiligten nach mehreren Sitzungen im Herbst 2011 einen Vergleich „dringend" angeraten. Als Grundlage für den Vergleich hat es abweichend von dem neutralen Schiedsgutachten (109,00 Mio €) einen Preis von 194,8 Mio.€ vorgeschlagen und zusätzlich eine Vereinbarung über einen sogenannten Besserungsschein, der die Bremer an einem möglichen Gewinn aus Grohnde in den Jahren 2018 -2021 beteiligt. Der Gesamt-Preis von 194,8 Mio. € wurde von uns angesichts der Haftungsrisiken, die mit der 16 % Beteiligung an dem Atomkraftwerk Grohnde verbunden sind, als sehr hoch eingeschätzt. Nur unter dem Aspekt der strategischen Bedeutung, der Stadtwerke als Dienstleister im Bereich der Daseinsvorsorge (Energie, Wasser und Verkehr), scheint für uns ein Rückkauf zu diesem Preis überhaupt vertretbar. Seit Anfang November wurde - auch durch die Arbeitnehmer der Stadtwerke, die zu einer Betriebsversammlung eingeladen und dafür für mehr als drei Stunden den ÖPNV lahmgelegt hatten -, ziemlich Druck gemacht, um den Rückkauf noch 2011 zu erreichen. Obwohl selbst am 30. November noch nicht alle entscheidungsrelevanten Unterlagen vorlagen, sollte schon am 8. Dezember.2011 in einer Sondersitzung des Rates die Entscheidung getroffen werden.

Rückkauf

Die Entscheidung eines Rückkaufs zu dem hohen Preis von fast 200 Mio. € ist von großer Tragweite und betrifft auch folgende Generationen. Sie muss daher in den Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger dargestellt und verantwortet werden.

Die Finanzierung des Rückkaufs soll durch Mittel der Stadtwerke erfolgen und den städtischen Haushalt nicht direkt belasten.

Stattdessen werden folgende Quellen vorgeschlagen:

- Stadtwerke-Vermögen, das für künftige Risiken aufgebaut wurde (Fonds mit einer Dotierung von ca. 55 Mio. €
- liquide Mittel bei den SWB von ca. 22,5 Mio. €
- sowie 75 Mio. € aus einem Darlehen des Gemeinschaftskraftwerks Grohnde aus den Rückstellungen für den Rückbau des AKWs
- und ca. 35 Mio. € als Darlehen vom Kapitalmarkt

Die Tilgung der Fremdmittel soll aus dem Gewinnanteil, der bisher an Bremen gegangen ist, erfolgen. Dabei wird vorausgesetzt, dass diese Gewinne bis 2018 in gleicher Höhe wie bisher entstehen. Es wird angenommen, dass 2016 die Brennelementesteuer wie bisher geplant ausläuft und es keine weitere Gewinnabschöpfung bei AKW-Betreibern, z.B. für die Finanzierung der Endlagersuche und des Endlagerbaus geben wird. Sollte es anders kommen wird die Finanzierung des Rückkaufs die Stadtwerke noch lange belasten.

Bremen will mehr als 194,8 Mio. und verlangt „Besserungsschein"

Unsere Position zu den Forderungen der swb AG haben wir im Hauptausschuss am 17. November deutlich gemacht und erreicht, dass der OB nicht mit

der Option einer Kapitalisierung möglicher Gewinne aus dem Weiterbetrieb des AKW Grohnde nach 2018 in die letzten Verhandlungen ging. Darüber hinaus hatten wir zu Protokoll gegeben, dass über 194,8 Mio € hinaus gehende Zusagen an Bremen ausschließlich auf real bei den Stadtwerken Bielefeld in den Jahren 2018 – 2021 erzielten zusätzlichen Gewinne aus dem Weiterbetrieb des AKW Grohnde durch E.on basieren dürfen (ohne dass die Stadtwerke dort weiter Strom einkaufen) und Bremen eine unbeschränkte Mithaftung für mögliche Risiken aus der Kernkraftwerksbeteiligung zusagt.

Ein Vergleich ist gescheitert

Der Eigentümer der swb AG, das Unternehmen Energieversorgung Oldenburg (EWE), hat den Unternehmenswert seiner Beteiligung an den Stadtwerken Bielefeld erst vor wenigen Wochen um 100 Mio. €auf unter 200 Mio. € reduziert. Trotzdem wollte Bremen über den Besserungsschein den Kaufpreis um 40 – 50 Mio € auf 240 Mio € erhöhen. Die Frage sei erlaubt, ob die Initiative von SPD, verdi dem Stadtwerkebetriebsrat und der Initiative für besseren Nahverkehr, die auf der homepage „Stark-fuer-Bielefeld" den „Rückkauf uneingeschränkt unterstützen" die Bremer nicht erst zu diesen unverschämten und völlig überzogenen Forderungen motiviert hat. Es ist gut, dass trotz dieser Kampagne, der Hauptausschuss die Forderungen der Bremer am 1. Dezember. einstimmig zurück gewiesen hat.

Interessant ist, dass Bremen einen Vermittlungsvorschlag, den der OB ihnen am 30. November 2011 unterbreitet hat, abgelehnt hat. Dabei war der OB den bisherigen Miteigentümern weit entgegengekommen, er hatte z.B. die Forderung nach einer zeitlich unbegrenzten Mithaftung aufgegeben. Im Einzelnen hatte er vorgeschlagen

- Den Stadtwerken Bremen werden die Rechte aus den Verträgen mit Grohnde ab 2018 vollständig übertragen; damit hat es die swb AG selbst in der Hand, die von ihr behaupteten gesicherten wirtschaftlichen Vorteile zu heben.
- Die Stadt Bielefeld erwartet 50,1% der tatsächlich eintretenden zusätzlichen wirtschaftlichen Vorteile: damit stünden der swb AG 49,9% zur Verfügung.
- Von dem Anteil der swb AG wird die Hälfte für etwaige Risiken aus Grohnde zeitlich befristet zurückgestellt.
- Auf eine Beteiligung an einer möglichen Haftung über diese Rücklage hinaus wird verzichtet.

Dieser Vorschlag wurde von Bremen als zu risikobehaftet (!) abgelehnt.

Die umstrittene online-Umfrage. "Ja ohne wenn und Aber-Signal?" oder Stärkung der Rückkaufbefürworter.

Der Vergleich ist gescheitert, weil:

- Bremen nicht bereit ist, mit einem zusätzlichen Gewinn auch eine Haftung für mögliche Risiken aus der AKW Beteiligung zu übernehmen, nicht einmal für die Zeit von 2018 - 2021
- eine Gewinnzusage für die Jahre 2018-2021 aus der AKW-Nutzung haben will, die faktisch den uneingeschränkten Weiterbetrieb von Grohnde und die Abnahme der Strommenge durch die Stadtwerke Bielefeld bis zum Ende der Laufzeit erzwingen würde
- Bremen selber ablehnt, die Rechte an dem AKW für die Jahre 2018 -2021 zu übernehmen. Begründung: zu hohes Risiko!

Diese Position von Bremen ist arrogant und anmaßend. Sie macht aber auch deutlich, dass bei einem Rückkauf der Stadtwerkeanteile durch Bielefeld die Risiken aus der Atomkraftwerksbeteiligung bei der Entscheidung mit berücksichtigt werden müssen.

Inge Schulze ist Ratsfrau und
Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bielefeld

Auf dem Weg: Energiewende in Bielefeld!

Wir GRÜNE hatten nie Zweifel daran, dass wir dringend eine Energiewende brauchen. Seit Fukushima gibt es hierzu auch einen großen gesellschaftlichen und politischen Konsens. Der Atomausstieg ist beschlossen – nun geht es um den Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung!

Von Anja Ritschel

Für Bielefeld ist die Energiewende noch ein Stück konkreter, denn durch unsere Beteiligung am AKW Grohnde sind wir in einer besonderen Verantwortung zu zeigen, wie es anders gehen kann. Als der Rat im April dieses Jahres beschloss, spätestens bis 2018 aus der Atomkraft auszusteigen, wollte er auch, dass die BürgerInnen an der Diskussion um das dafür erforderliche neue Energiekonzept 2020 der Stadtwerke beteiligt werden.

So wurde mit einem sehr ehrgeizigen Zeitplan ein Bürgerbeteiligungsprozess gestartet, dessen Ergebnisse am 15.11.2011, vier Monate nach dem Start, öffentlich präsentiert wurden. Jetzt werden sie in den Ratsgremien beraten, damit sie rechtzeitig vor Beschlussfassung des Energiekonzeptes im Aufsichtsrat in das weitere Verfahren einfließen können.

Bausteine der Bürgerbeteiligung

Um trotz der begrenzten Zeit möglichst viele Angebote für eine Beteiligung machen zu können, wurden mehrere Bausteine entwickelt. Den Startschuss gab zunächst eine große Auftaktveranstaltung am 15.07.2011 in der Stadthalle. Vielleicht lag es auch ein wenig am prominenten Gastredner Sven Plöger, dass wir mit rund 400 BürgerInnen eine sehr gute Resonanz verzeichnen konnten. Denn im weiteren Prozess brachten sich bei den einzelnen Veranstaltungen deutlich weniger Menschen ein.

Angeboten wurden vier dezentrale Veranstaltungen im Stadtgebiet, bei denen zum einen die Klimaschutzaktivitäten der Stadt und zum anderen der aktuelle Sachstand zum Energiekonzept 2020 der Stadtwerke vorgestellt wurden. Auch wenn der Prozess primär auf Letzteres angelegt war, so ist es mir doch besonders wichtig, dass nicht allein der Atomausstieg uns zum Handeln zwingt. Auch für das Erreichen unserer ehrgeizigen Klimaschutzziele (49% weniger CO2 und 20%

mehr erneuerbare Energien bis 2020) ist ein Umsteuern notwendig. Und selbstverständlich muss sich das Energiekonzept 2020 der Stadtwerke an diesen Zielen messen lassen.

Weiterhin gab es ein Fachforum, zu dem gezielt Verbände, Institutionen und Klimaschutzgruppen eingeladen wurden. Unser Wunsch, auch eine weitere Zielgruppe direkt anzusprechen, war nicht von Erfolg gekrönt. Das Forum „Jugend macht Zukunft!“, das sich gezielt an jüngere Menschen richten sollte, musste abgesagt werden. Trotz breiter Bewerbung über Schulen, Plakate, Presse, Internet und Facebook gab es kaum Anmeldungen. Eine ähnliche Erfahrung hatten wir bereits im Rahmen der Klimakampagne gemacht. Es wird eine Aufgabe für die Zukunft sein, hier nach erfolgversprechenderen Wegen für eine Beteiligung Jugendlicher zu suchen.

Mit der Auftaktveranstaltung am 15.07.2011 wurde gleichzeitig ein Internetforum unter der Adresse http://forum-energiewende.bielefeld.de/ geschaltet, das auch jetzt noch geöffnet ist. Das Forum ist öffentlich zugänglich und bietet Allen die Möglichkeit, nach vorheriger Registrierung Fragen, Anregungen und Kommentare öffentlich zu formulieren. Nicht-angemeldete User können alle Einträge und Kommentare nur lesen. Es wurden acht verschiedene Themen-Foren eröffnet, damit Einträge übersichtlich einsortiert werden können. Insgesamt war die Beteiligung relativ verhalten. Es haben sich 59 Menschen im Internetforum angemeldet, davon haben sich allerdings nur 28 auch wirklich geäußert. Mehr als die Hälfte aller Beiträge wurde von vier Nutzern bestritten, die intensiv untereinander diskutierten, wobei hier das Thema Atomausstieg großen Raum einnahm.

Der Bürgerbeteiligungsprozess wurde von der Hochschulinitiative Bielefeld 2000plus moderiert und begleitet. Dank dieser Kooperation konnte ergänzend zu Beginn des aktuellen Wintersemesters eine Online-Studierendenbefragung durchgeführt werden. Diese bezog sich auf verschiedene Fragen rund um Klimaschutz, Klimawandel und die Energiewende. Bielefeld 2000plus konnte insgesamt 1068 Zugriffe auf den Fragebogen verzeichnen, wobei 598 vollständig ausgefüllte Fragebögen herauskamen. Das entspricht einer sehr guten Teilnahmequote von 57%. Da die Befragung gerade erst abgeschlossen wurde, konnte noch keine umfassende Auswertung vorgenommen werden. Deutlich wurde aber, dass das Thema Klimaschutz als sehr wichtig angesehen wird. Zudem gab es großen Zuspruch für erneuerbare Energien. Allerdings merkten viele der Befragten an, dass sie über Teilthemen noch nicht genug wüssten und weitere Informationen benötigen würden, so z.B. bei der Erdwärme. Auch die bestehenden Klimaschutzaktivitäten Bielefelds sind bei den Studierenden nur begrenzt bekannt. Für unsere Klimakampagne „Bielefeld will's wissen“ müssen wir also gemeinsam noch viel stärker trommeln!

Premiere für Bürgerbeirat

Ein wesentlicher Bestandteil des Bürgerbeteiligungsprozesses war die Einrichtung eines Bürgerbeirates – ein Novum! Die Aufgabe des Bürgerbeirates sollte es sein, den Prozess der Bürgerbeteiligung aktiv zu begleiten, die Diskussionen aus den verschiedenen Veranstaltungen und Äußerungen aus dem Internetforum auszuwerten und

zusammenzufassen, sowie eigene Ideen zu entwickeln. Von den 500 zufällig ausgewählten Personen hatten sich zunächst 34 Bürgerinnen und Bürger bereit erklärt mitzuwirken. Im Laufe des Prozesses etablierte sich eine feste Gruppe von 22 Mitgliedern, die sich mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement eingebracht hat. Der Bürgerbeirat nahm an den Veranstaltungen teil, diskutierte im Internet mit und ließ sich in eigenen Treffen über Themen der Energiewende informieren. Der Bürgerbeirat hat damit dieses neu entwickelte Instrument der Beteiligung hervorragend ausgefüllt. Insofern kann dies auch als Modell für zukünftige Prozesse der Partizipation dienen.

Und die Ergebnisse?

Wie nicht anders zu erwarten wurde im Bürgerbeteiligungsprozess nicht allein das Energiekonzept 2020 der Stadtwerke Bielefeld diskutiert, sondern eher die Energiewende insgesamt. Deutlich wurde, dass das Energiekonzept 2020 grundsätzlich positiv gesehen wird. Natürlich gab es auch kritische Stimmen, die sich einen noch schnelleren Atomausstieg wünschen. Insgesamt wurde jedoch auch der hohe Wert anerkannt, dass es jetzt erstmals überhaupt einen breiten Konsens für einen Atomausstieg gibt und damit die Chancen für eine tatsächliche Energiewende so gut sind wie nie zuvor.

Die eingebrachten Anregungen waren vielfältig – wer Näheres wissen will, dem sei die öffentliche Ratsvorlage 3350/2009-2014 empfohlen, in der z.B. auch die unabhängige Stellungnahme des Bürgerbeirates nachzulesen ist. Dennoch zeichneten sich in der Gesamtschau einige Kernaussagen ab.

Erwartungen an die Stadtwerke sind insbesondere:

- die verstärkte Realisierung von Windenergienutzung im Bielefelder Stadtgebiet
- ergänzende Angebote für eine unmittelbare Beteiligung von BürgerInnen an Erneuerbaren Energieanlagen
- die Schaffung von und Unterstützung für mehr Transparenz im Energieverbrauch der Stadtwerke-KundInnen (Abrechnungen, intelligente Zähler u.ä.)

Erwartungen an die Stadt sind insbesondere:

- die verstärkte Realisierung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern (durch eigene Investitionen oder durch Bereitstellung für Dritte, hier v.a. BürgerInnenprojekte)
- die Unterstützung der Bevölkerung bei der Energiewende durch Fortführung und Ausweitung des Beratungsangebotes
- das Eintreten für ehrgeizige energetische Standards bei Neubauten

So sich der Rat diese Anregungen zueigen macht, können sie in die weitere Umsetzung, sowohl des Energiekonzeptes 2020 der Stadtwerke, als auch in das städtische Handlungsprogramm Klimaschutz, einfließen.

Aufbruch in die Energiewende!

Ermutigend ist vor allem, dass die BürgerInnen sich durchaus auch selbst in der Pflicht sehen, die Energiewende aktiv zu unterstützen. Eine Mitdiskutantin brachte es treffend auf den Punkt: „Es reicht eben nicht aus, sich nur „Atomkraft Nein Danke“ aufs Auto zu kleben. Wir müssen die Energiewende auch umsetzen.“

Die Autorin ist die Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz der Stadt Bielefeld

Herausforderung Energiewende

Deutschland hat sich von der Kernenergie verabschiedet und ein erneuter „Ausstieg aus dem Ausstieg“ ist nicht zu erwarten. Wir können uns also nun darauf konzentrieren, die Energiewende in Angriff zu nehmen. Was bedeutet das für Bielefeld?

Von Detlef Koenemann

Es genügt sicherlich nicht, nur die Kernkraftwerke abzuschalten und ansonsten weiterzumachen wie bisher. Der Strom, der jetzt noch aus Kernenergie erzeugt wird, kann nicht durch Strom aus Braunkohle und Steinkohle ersetzt werden, denn das würde den Klimawandel beschleunigen. Natürlich könnten wir stattdessen neue Gaskraftwerke bauen, die als „sauber“ gelten und sich obendrein sehr gut regeln lassen, sodass sie die stark schwankende Einspeisung aus Wind- und Solarkraftwerken kompensieren können. Aber das würde nicht viel nützen, weil wir dann gigantische Erdgasmengen zu stetig steigenden Preisen von unberechenbaren Lieferanten importieren müssten. Diese Abhängigkeit wollen wir ja gerade vermeiden durch den Einsatz von Wind- und Solarenergie. Außerdem sind Gaskraftwerke nur „sauber“ im Vergleich mit Kohlekraftwerken. Sie emittieren pro erzeugte Kilowattstunde weniger Kohlendioxid, würden also den Klimawandel vielleicht bremsen, aber auch nicht aufhalten können.

Kompromissloser Neuanfang

Die Energiewende bedeutet für die Elektrizitätswirtschaft praktisch einen kompromisslosen Neuanfang. Es handelt sich um einen radikalen Wandel von der fossilen zur regenerativen Stromerzeugung. Der gesamte Kraftwerkspark muss komplett ausgetauscht werden. Es hat keinen Sinn, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Im Jahr 2050 müssen wir unseren Strom zu 100 % aus Sonne und Wind erzeugen, denn sonst können wir unsere Klimaziele nicht erreichen.

Am Beispiel des AKW Grohnde, das seit vielen Jahren einen großen Teil des Bielefelder Strombedarfs deckt, lässt sich dieser radikale Wandel anschaulich darstellen. Es

erzeugt rund 10 Milliarden Kilowattstunden jährlich. Diese Strommenge muss nach Abschaltung des AKW durch Windparks und Solarkraftwerke ersetzt werden.

Wie viel sind 10 Milliarden Kilowattstunden? Am Stadtrand von Bielefeld, im Ortsteil Brönninghausen, stehen zwei Windkraftanlagen, die jeweils etwa 3 Millionen Kilowattstunden liefern. Man bräuchte also ungefähr 3.300 Windkraftanlagen dieser Größe, um ein AKW zu ersetzen. Mit moderneren Anlagen könnte man etwas mehr Energie aus dem Wind herausholen. Dann würden 2.500 ausreichen, und in Zukunft kommt man vielleicht mit 2.000 Anlagen aus, die aber deutlich größer sein müssten als die beiden schon etwas betagten „Mühlen" in Brönninghausen. Vier Großanlagen passen auf einen Quadratkilometer, und daraus ergibt sich ein Flächenbedarf von 500 Quadratkilometern für die Windparks, die eines Tages das AKW Grohnde ersetzen könnten.

Ist Dein Haus solargeeignet?

Solar-Atlas: www.bielefeld.de/de/un/kli/ee/sob

Verdünnte statt konzentrierte Energie

Dieser enorme Flächenbedarf ergibt sich daraus, dass die Windenergie (ebenso wie die Sonnenenergie) eine „verdünnte" Energie ist, im Gegensatz zu der Energie, die in Kohle, Erdöl, Erdgas oder Uran konzentriert ist. Außerdem schwankt die Windgeschwindigkeit stark im Laufe eines Tages und dadurch sinkt die Stromausbeute. An der Küste oder auf dem Meer kann man mit einer Windkraftanlage deutlich mehr Strom erzeugen, aber im Prinzip ändert sich nichts daran, dass der Flächenbedarf stark ansteigt, wenn man von der fossilen zur regenerativen Stromerzeugung umsteigt.

Wenn man Solarmodule auf allen verfügbaren, nach Süden gerichteten Hausdächern installiert, dann kann man mit etwa 125 Millionen Kilowattstunden pro Quadratkilometer rechnen. Um das AKW Grohnde zu ersetzen, würden also rund 80 Quadratkilometer benötigt. Die Frage ist, ob wir genügend Dächer haben.

Zum Glück braucht Bielefeld nicht die gesamte vom AKW Grohnde erzeugte Strommenge, sondern „nur" etwa 2 Milliarden Kilowattstunden. Aus dem Solaratlas (Adresse siehe Kasten links) ergibt sich, dass sich in Bielefeld knapp 3,7 Quadratkilometer Dachfläche für die Solarenergienutzung eignen. Damit könnten wir rund 450 Millionen Kilowattstunden gewinnen, also knapp ein Viertel der benötigten Menge. Den Rest muss die Windenergie liefern, denn an die Nutzung der Wasserkraft ist in Bielefeld nicht zu denken (die Lutter ist ja nur ein Rinnsal), und die Biomasse braucht etwa zehnmal so viel Fläche wie die Windenergie, um die gleiche Strommenge zu erzeugen wie diese.

Bürgerbeteiligung ist möglich

Diese großen Zahlen machen vor allem drei Konsequenzen deutlich: Erstens müssen wir endlich Strom sparen, um unseren gigantischen Strombedarf zu reduzieren. Zweitens müssen wir Flächen für die Nutzung der Wind- und Solarenergie finden und drittens brauchen wir zum Aufbau der vielen Windenergie- und Solaranlagen viel Geld.

Das könnte dem Oligopol der großen Energiekonzerne Tür und Tor öffnen. Doch es geht auch anders: Weil die einzelnen Wind- und Solarprojekte zwar zahlreich, aber relativ klein sind, ist eine Bürgerbeteiligung möglich. Es kommt nun darauf an, möglichst viele BürgerInnenwindparks zu bauen und außerdem Solargenossenschaften zu gründen, um gemeinschaftlich finanzierte Solaranlagen auf den Hausdächern zu installieren.

Wenn das nicht reicht, dann könnten kommunale Versorger aktiv werden. Die Stadtwerke haben bereits mit Hilfe der Sparkasse erfolgreich Geld für einen Klimafonds (EnerBestKlima) gesammelt, um solche Projekte zu finanzieren. Bleibt noch die Frage, ob wir bereit sind, so viele Windparks in Sichtweite unserer Wohnungen zu dulden, wie für die Energiewende benötigt werden. Mit den blauen Solarmodulen auf den Dächern kann man sich leichter anfreunden als mit den Rotoren am Horizont. Aber die Solarmodule werden für die Energiewende nicht ausreichen. Wir brauchen auch die Windenergie.

Detlef Koenemann ist Umweltjournalist und Mitglied der Bielefelder GRÜNEN

Impressum:

Herausgeber: Bündnis 90/Die GRÜNEN
Kreisverband Bielefeld
Wahlkreisbüro Britta Haßelmann (MdB)
Wahlkreisbüro Matthi Bolte (MdL)
alle: Kavalleristr. 26, 33602 Bielefeld,
Ratsfraktion, Niederwall 25, 33602 Bielefeld
Redaktion: Claudia Heidsiek, Gaby Grosser, Klaus Rees, Marcus Stichmann, Marianne Weiß
Druck: Anzeigen + Mehr, Bielefeld
Fotos: Wenn nicht anders angegeben privat, S. 23 Holger Ebert

Frischer Wind in der Ratsfraktion

Lisa Rathsmann-Kronshage wird zur neuen Vorsitzenden gewählt!

von Klaus Rees

Seit dem 21. November haben die GRÜNEN im Rat einen neuen Fraktionsvorstand. Neue Fraktionsvorsitzende ist Lisa Rathsmann-Kronshage. Sie löst Inge Schulze ab, die seit 11 Jahren an der Spitze der mittlerweile 11köpfigen Fraktion stand. Sie bleibt der Fraktion als schul- und sportpolitische Sprecherin, Vorsitzende des Aufsichtsrats von moBiel sowie Mitglied des Stadtwerke Aufsichtsrats erhalten. Inge möchte aber in Zukunft mehr Zeit für ihre Familie, besonders ihre zwei Enkelkinder haben. Damit sie ihre neugewonnene Freizeit gut erholt beginnen kann, schenkten ihr die Fraktionsmitglieder ein Wellness-Wochenende an der Elbe.

Lisa Rathsmann-Kronshage ist seit 1999 Ratsmitglied, seit 2009 stellvertretende Fraktionsvorsitzende und derzeit u.a. stellvertretende Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses sowie Gesellschaftervertreterin beim Klinikum Bielefeld. Sie möchte jedoch nicht mit dem Label „Sozialtante“ abgespeist werden, denn sie wird künftig z.B. auch als ordentliches Mitglied dem Haupt- und Beteiligungsausschuss angehören.

Zu ihrem Stellvertreter wurde Jens Julkowski-Keppler bestimmt, der derzeit noch Jöllenbecker Bezirksbürgermeister ist. Jens gehört dem Rat seit 2009 an und ist Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss sowie u.a. Gesellschaftervertreter bei der BGW. Den Fraktionsvorstand komplettieren Iris Ober und Klaus Rees als BeisitzerInnen.

Aus dem Fraktionsvorstand scheiden aus beruflichen Gründen Jörg van Norden (Vorsitzender des Umweltausschusses) sowie aus Altersgründen Arnold Schulz aus, der dem Gremium als kooptiertes Mitglied angehörte.

Lisa freut sich auf die Herausforderungen, die das neue Amt mit sich bringt. „Wir sind eine große Fraktion, die sich für diese Legislaturperiode noch Einiges vorgenommen hat. Auch die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele wollen wir zügig umsetzen. Die Themen der nächsten Wochen und Monate sind der Stadtwerke-Rückkauf, ein Energiekonzept für die Stadt, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept, die Beauftragung eines Sportentwicklungskonzepts auf der Basis des Sportgutachtens und die Weiterentwicklung zur kinder- und familienfreundlichen Stadt. Sehr erfreut bin ich über das Sozialticket, das es ab Anfang Dezember in Bielefeld geben wird!“

Hat gut lachen:
Der neue Fraktionsvorstand.

Foto von links:
Iris Ober, Inge Schulze, Lisa Rathsmann-Kronshage, Klaus Rees, Jens Julkowski-Keppler

Inge Schulze:
11 Jahre für GRÜN als Fraktionsvorsitzende unterwegs

Draußen vor der Tür...

Frischer Wind, das ist gut! Es duftet nach Aufbruch und Veränderung! Dass dies aber im Bereich Kommunales nicht in allen Bereichen so ausschaut, zeigen unsere kommunalen Splitter. Im wahrsten Sinne des Wortes „stinken“ tut es an manchen Straßen im Stadtgebiet – damit das nicht so bleiben muss, soll ein Luftreinhalteplan aufgelegt werden. Dicke Luft herrscht auch im Bereich Dürkopp Tor 6, wo sich die Entscheidung immer weiter in die Zukunft hinausschiebt. Einen langen Atem hingegen braucht es im Bereich Grundschulplanung und Verwendung der Sportpauschale. Etwas kurzatmig hingegen können diejenigen werden, die einen Blick auf das KAMP und das dort Jugendkultur veranstaltende Kulturkombinat werfen ...

Aber genug der Schwarzmalerei, es gibt ja auch Gutes zu berichten, nämlich dass das Sozialticket am 1. Dezember endlich an den Start gebracht werden konnte und die Fraktion sich wieder einmal in Richtung Kunsthalle auf den Weg gemacht hat...

Aber lest selbst...

Halt mal die Luft an? – Luftreinhalteplan!

„Smog über Bielefeld? Gibt es nicht!“, so der spontane Eindruck, „Wofür brauchen wir denn dann einen Luftreinhalteplan?“ - Tatsächlich zeigen Messungen, dass zwar die Feinstaubbelastung im Innenstadtbereich im gesetzlichen Rahmen bleibt, nicht aber die Stickoxidwerte. Ein Messcontainer an der Stapenhorststraße weist überhöhte NOx-Einträge aus, die zum überwiegenden Maße aus dem Straßenverkehr stammen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil Stickoxid in besonderem Maße die Atemwege schädigt.

Die Stadt Bielefeld ist gesetzlich verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, das eigentliche Verfahren liegt jedoch in der Hand der Regierungspräsidentin, die in dieser Sache mit der städtischen Verwaltung und dem Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LaNUV) zusammenarbeitet und in letzter Instanz verfügen wird, was in Bielefeld geschehen muss. Im Moment wird anhand von Modellrechnungen ausgelotet, wo in der Bielefelder Innenstadt weitere vergleichbare Stickoxidbelastungen wahrscheinlich sind, um auf dieser Grundlage das Gebiet abzustecken, in dem Auflagen gemacht werden. Es reicht eben nicht aus, sich auf die Stapenhorststraße zu beschränken.

LaNUV und Regierungspräsidentin haben außerdem betont, dass ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig ist, um die Werte auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß zu senken. Hierbei kann es sich zum Beispiel um ein LKW-Leitkonzept, das aktuell dank grüner Vorarbeit im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert wird, die Ausweisung neuer Tempo-30-Zonen, die Sperrung einzelner Straßen für den Durchgangsverkehr, Umweltzonen oder Auflagen für bestimmte Industrieunternehmen handeln.

Die Frist, den Luftreinhalteplan aufzustellen und umzusetzen, ist eigentlich schon abgelaufen, und der Prozess scheint sich aufgrund technischer Probleme weiter zu verzögern. Ob der für das Frühjahr 2011 gesetzte Termin noch eingehalten werden kann, ist fraglich. Die Zeit drängt, die Stadt muss handeln.

Jörg van Norden

Gut Ding will Weile haben – Das Sozialticket

Mit dem Sozialticket können Bielefeld-Pass-InhaberInnen ab Dezember 2012 günstiger mit Bus- und Bahn fahren als bisher. Je nach Abo erhalten sie 25%-35% Rabatt beim Kauf des Tickets in der „Ankleide“ der Stiftung Solidarität. Mit 36,40 Euro für das zeitlich unbegrenzte Abo und

24,90 Euro für das 9-Uhr-Abo zahlen sie zwar erheblich mehr als im Regelsatz für Mobilität enthalten ist, allerdings sind die neuen Tickets 7-10 Euro im Monat günstiger als bisher - und übertragbar. Die Ampelkoalition hat damit ihre Koalitionsvereinbarung umgesetzt.

Never ending story – Dürkopp Tor 6

Dürkopp Tor 6 ist ein städtebauliches Leuchtturmprojekt. Auf einer Industriebrache sind Wohnbebauung und ein Jugendgästehaus entstanden. Dort befindet sich auch das Theaterlabor. Als moBiel die Linie 4 in das Viertel hineinlegen und dort einen Hochbahnsteig bauen wollte, gründeten die Anwohner eine Bürgerinitiative, um diese Pläne zum Scheitern zu bringen. Gehe es doch darum, eine städtebauliche Fehlentwicklung zu verhindern, die Nachtruhe der Anlieger vor dem Lärm der Stadtbahn und ihrer NutzerInnen zu schützen, den Fußgänger- und Radverkehr durch das Viertel weiterhin möglich zu machen. Dass im Bebauungsplan die betreffende Trasse immer schon für eine Straßenbahnlinie vorgesehen war, ist der Initiative durchaus bewusst. Ihr ist der Haltepunkt ein Dorn im Auge.

Was aber bedeutet die Verlängerung der Linie 4 für Bielefeld? Erstens ermöglicht sie das barrierefreie Ein- und Aussteigen im Viertel. Von dem projektierten Hochbahnsteig können Menschen mit eingeschränkter Mobilität rasch den Realmarkt, die Ravensberger Spinnerei mit der Volkshochschule, das Historische Museum und das Lichtwerk erreichen. Auf einer der Bürgerversammlungen zu Dürkopp Tor 6 sprach sich eine ältere Dame in diesem Sinne für das Projekt aus, der Behindertenbeirat und der Seniorenrat haben entsprechende Beschlüsse gefasst. Viele BürgerInnen Bielefelds stehen also hinter den Planungen von moBiel.

Alle diejenigen, die pünktlich und verlässlich zur Universität Bielefeld wollen, sind auf die Verlängerung der Linie 4 angewiesen. Wir freuen uns alle, dass die Zahl der Studierenden in Bielefeld steigt. Die damit verbundenen Zuwächse auf der Linie 4 machen es notwendig, neue, breitere Stadtbahnwagen einzusetzen. Die Wagen sind in Auftrag gegeben und die betreffenden Gleise in einem größeren Abstand zueinander gelegt worden. Infolgedessen muss die für die neuen Waggons ungeeignete Endhaltestelle Niederwall wegfallen. Sie soll durch den Hochbahnsteig Dürkopp Tor 6 ersetzt werden. Verschiedene Gutachten zeigen, dass es dazu keine Alternative gibt. Die Initiative kritisiert, es handele sich um eine rein betriebliche Lösung. Hinter dieser Lösung stehen aber alle diejenigen BielefelderInnen, die auf einen reibungslosen Stadtbahnverkehr angewiesen sind.

Das Projekt Dürkopp Tor 6 ist finanziert, es ist im Interesse breiter Teile der BürgerInnen, es ist gutachterlich geprüft, es entspricht allen gesetzlichen Rahmenbedingungen, entsprechende Lärmgutachten liegen vor. Jetzt geht es darum, dass die Politik nach den endlosen Diskussionen in der Bezirksvertretung Mitte und im Stadtentwicklungsausschuss entsprechende Beschlüsse fasst. Wir GRÜNE sind dazu bereit, nachdem wir nach bestem Wissen und Gewissen, nach zahlreichen Terminen vor Ort und bei moBiel die Einwände der Bürgerinitiative und die Gesamtinteressen der BielefelderInnen gegen einander abgewogen haben. Wer die Verlängerung der Linie 4 weiter verzögert läuft Gefahr, dass die Maßnahme nicht zusammen mit der Komplettsanierung der Nikolaus-Dürkopp-Straße, die für das nächste Jahr vorgesehen ist, durchgeführt werden kann. Das wäre dann als sinnlose Verschwendung von Steuergeldern zu Recht anzuprangern.

Jörg van Norden

Der Herr der Farben – Besuch in der Kunsthalle

Insgesamt 21 GRÜNE aus Rat, Partei und Bezirksvertretungen folgten der Einladung zum Besuch der Ausstellung „Picasso 1905 in Paris“, die derzeit in der Kunsthalle Bielefeld mit großem Publikumszuspruch gezeigt wird. Der neue Kunsthallen-Leiter, Dr. Friedrich Meschede, ließ es sich dabei nicht nehmen, die Gruppe sachkundig durch die Schau zu führen und dabei auch seine künftigen Projekte anzukündigen.

Kein Konsens in Bielefeld

Nach dem Schulkonsens in NRW hätte man annehmen können, dass dies auch in Bielefeld, wo Politik, Verwaltung und Eltern seit Jahren intensiv und z.T. kontrovers an der Grundschulentwicklung arbeiten, und wo eine parteiübergreifende Bildungsinitiative in Jöllenbeck für eine Gemeinschaftsschule wirbt, zu einem schnellen Schulfrieden führt. Aber weit gefehlt! Probleme gibt es auch bei der Verwendung der Sportpauschale. Bislang war es nicht möglich, einen Eckdatenbeschluss zu erarbeiten, der langfristig Bestand gehabt hätte.

von Inge Schulze

Harte Opposition und Unterstützung der Eltern zur Verhinderung von Veränderungen in Brackwede und Jöllenbeck durch die CDU und mangelnder Gestaltungswillen der Ampelkoalition im Rat blockieren weiterhin zukunftsfähige Lösungen für Bielefeld.

Unterrichtsqualität nicht gesichert

Der Vorschlag der Verwaltung, zwei Grundschulen in Brackwede (Südschule und Vogelruthschule) an einem neuen Schulstandort – der Marktschule - zusammenzuführen und alle weiteren Grundschulstandorte zu erhalten, traf im Schulausschuss auf erbitterten Widerstand der CDU. Sie wollte keinen einzigen Grundschulstandort aufgeben.

Aber auch die Ampel-Partner waren nicht zu weitergehenden Entscheidungen bereit. Besonders die FDP blockte und erreichte, dass ein Auftrag an die Verwaltung, je nach Anmeldezahlen auch Schulverbünde vorzuschlagen, nicht beschlossen wurde. So ist absehbar, dass wir im nächsten Schuljahr noch mehr einzügige Grundschulen erhalten werden. Nach meiner Auffasssung sind dann eine ausgewogene Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern und eine gute Unterrichtsqualität nicht mehr zu erreichen.

Das Land hat Großstädten wie Bielefeld mit dem Schulkonsens einen Bärendienst erwiesen. Eine Schließung kleiner Grundschulen ist zwar gesetzlich weiterhin möglich, die Eltern werden sich aber immer auf die Regelungen beziehen, die eigentlich für den ländlichen Raum geschaffen wurden. Selbst Grundschulen, die weniger als 92 Kinder in vier Jahrgängen haben, pochen nun auf ihren Erhalt.

Verkehrte Welt

In Jöllenbeck lehnte die CDU, die ansonsten den Elternwillen bedingungslos unterstützt, die Befragung der Eltern der Dritt- und Viertklässler zur Sekundarschule ab. Die Befragung musste mit großer Mehrheit gegen die CDU beschlossen werden. Das Klima in der Ampel im Schulbereich ist mehr als angespannt. Das zeigt folgende absurde Situation nach der Abstimmung zur Elternbefragung: Ich hatte nach Absprache in der Koalitionsrunde einen gemeinsamen Antrag der Ampel und der CDU zur Schulentwicklung geschrieben. Die SPD hatte in der Fraktionssitzung allerdings die Zustimmung zu diesem Antrag verweigert. Nun wurde von der CDU der wortgleiche Text als CDU-Antrag aus der Tasche gezogen und vorgelegt - und der CDU Antrag fand plötzlich einhellige Zustimmung. Für die SPD ist es offensichtlich einfacher, einem Antrag der CDU zuzustimmen, als einem Ampelantrag.

Unendliche Geschichte: Sportpauschale...

In der Koalitionsvereinbarung hatten SPD, GRÜNE und FDP die längst überfällige Änderung der Verteilung der Sportpauschale beschlossen. Investiert werden sollte zukünftig nicht nur in Anlagen, die – ob kommunal oder vereinseigen – von VereinssportlerInnen genutzt werden, sondern zu einem kleinen Teil auch in Anlagen, die der wachsenden Zahl von vereinsungebundenen SportlerInnen zur Verfügung stehen. Statt wie bisher die Landesmittel in Höhe von 877.000 Euro jeweils zu 50% auf kommunale und vereinseigene Sportanlagen aufzuteilen, würden zukünftig 20% der Pauschale für vereinsungebundenen Sport bereitgestellt - es verblieben 48% für kommunale und 32% für vereinseigene Anlagen. Mit dieser Entscheidung wird auf die zunehmende Zahl der Menschen, die selbstorganisiert Sport treiben möchten, reagiert. Die Förderung des vereinsungebundenen Sportes ist ein Beitrag zu gesundheitsrelevanten Aktivitäten im Sinne der allgemeinen Gesundheitsförderung - und ergänzt sich oft mit dem Vereinssport. Das erste Projekt, das nach einer Umverteilung finanziert werden könnte, die vieldiskutierte beleuchtete Laufstrecke am Obersee, entspricht diesen Vorgaben.

Am Anfang der Wahlperiode haben wir darüber zunächst mit dem Stadtsportbund diskutiert und danach ein Jahr lang intensive Gespräche mit unseren Ampelpartnern geführt. Weder im Ampelarbeitskreis der FachpolitikerInnen noch auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden konnte – trotz vieler Zugeständnisse unsererseits - bis heute eine Verständigung über einen Eckdatenbeschluss zur Sportentwicklung erzielt werden. Mehrere Einigungen, die wir erreicht hatten, hielten nur wenige Tage - auch deshalb, weil Oberbürgermeister Pit Clausen ihre Umsetzung durch gegenteilige Äußerungen in der Öffentlichkeit wieder verhinderte.

Und jetzt geht nichts mehr. Die Macht der Sportvereine und die von ihnen unterstützte Kampagne machen unsere Koalitionspartner FDP und SPD handlungsunfähig. Dabei geht es gar nicht mehr nur um die beleuchtete Laufstrecke: Aus der Sportpauschale könnte z.B. auch die Sanierung der Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen bezahlt werden, von der Tausende FreizeitschwimmerInnen profitieren. Die Sportpauschale darf nämlich auch für Zinsen und Tilgung eines Darlehns, das zur Sanierung einer Sportstätte aufgenommen wird, eingesetzt werden. Aber auch dagegen hatte der Stadtsportbund protestiert. Es geht um Besitzstandswahrung, die ausschließliche Förderung des Vereinssports und eine Ausgrenzung des zunehmenden informell organisierten Sports.

LäuferInnen, WalkerinnenSchwimmerInnen, alle, die ihren Sport selbst organisiert ausüben, sind jetzt gefragt, sich wie der organisierte Sport zu Wort zu melden – mit Leserbriefen, in ihren Vereinen (in denen sie ja oft Mitglieder sind) und auch durch Rückmeldungen an die Kommunalpolitik.

Was darf (Jugend-) Kultur?

„Über Geschmack lässt sich streiten.“, ein wahrer Satz. Wie wahr, das zeigt sich gerade am aktuellen Beispiel des Kulturkombinats KAMP e.V., beheimatet als Nutzergruppe der Falken im JZ Niedermühlenkamp.

Von Claudia Heidsiek

Meistens ist es ziemlich ruhig um das Kulturkombinat, es wird in einer Bandbreite „vor sich hin veranstaltet“, die sich von Lesungen und Theater über Konzerte bis hin zu Parties erstreckt. Dabei wird ein breites Spektrum des Geschmacks des Publikums aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedient, das sich von Elektro über Rock, allerlei Alternativem bis zu Hip Hop erstreckt – um nur einige Beispiele zu nennen. Doch gerade in letztgenanntem Bereich tut sich derzeit ein Problem auf: Der selbsternannte „Zuhälter-Rapper“ Kollegah steht am 16.12. auf dem Programm.

Hip Hop polarisiert durch seine Grenzüberschreitungen in Form von Inhalt und Sprache - da bildet Kollegah keine rühmliche Ausnahme. Die einen halten seine Musik für frauenverachtend, sexistisch und strotzend von reaktionärer Ideologie, die anderen halten sie für pure Satire oder einen Spiegel der Gesellschaft, in dem sich überspitzt das zeigt, was einen Teil der Jugendlichen von heute bewegt.

Die Frage

Braucht diese Art der Konfrontation wirklich jemand? Eine von vielen möglichen Antworten ist: Provokationen im Musikgeschäft sind so alt, wie der Hüftschwung von Elvis – mindestens. Es gab immer glühende Anhänger der Künstler und deren Musik, aber genauso erbitterte Gegner, die eine Verrohung oder ein Verderbnis der Jugend befürchteten.

Die Tatsachen

Die Musik von Kollegah steht auf keinem Index, wo nach klaren Richtlinien bewertet wird, und verstößt nicht gegen geltendes Recht. Wer kann nun also einschätzen, ob hier eine Gefährdung der Jugend zu befürchten ist oder eben nicht? Ganz unabhängig davon, ob die Musik nun den eigenen Geschmack trifft oder ob man sie als pure Geschmacklosigkeit erachtet.

Tatsache ist auch, dass sich die Fans von Kollegah und vergleichbaren Bands in allen Bildungsschichten und Milieus finden lassen, es handelt sich hier schon lange nicht mehr um eine zu vernachlässigende „Randerscheinung“, die nur mit der, in der heutigen Zeit viel zu oft zitierten, „Bildungsferne“ der Hörer zu erklären ist. Im Gegenteil: Die Musik trifft den Geschmack einer breiteren Masse.

Was man tatsächlich nicht machen sollte: Die heutige Jugend für DUMM zu verkaufen. Sie ist sehr wohl in der Lage zu unterscheiden, dass nicht alles, was Kollegah in seiner Musik von sich gibt, ernst gemeint ist, dass die dort genutzte Sprache in der realen Welt nicht unbedingt das Mittel der Wahl ist und vor allem, dass Gewalt, gegen wen auch immer, keine Lösung für irgendwelche Probleme darstellt. Gewaltbereite Menschen brauchen hierfür keine Hip-Hop-Videos, genau so wenig wie jemand, der in Littleton oder Winnenden Amok läuft, hierzu Marylin Manson oder Slayer braucht. Das Problem liegt viel mehr in der Gesellschaft und ihren Strukturen, als in der Musik. Diese wird, im Gegenteil, sogar vielfach dazu genutzt, um Aggressionen abzubauen.

Eine Lösung?

Führen also generell Verbote zum Ziel oder ist es nicht vielmehr so, dass hier gerade Interesse geweckt wird? Tatsache ist, dass in den Zeiten des Internets der gewillte User eine Mannigfaltigkeit an Möglichkeiten hat, um an das Objekt seiner Begierde zu gelangen. Die Thematik wird sich also nicht, wie manch andere auch, alleine dadurch erübrigen, dass man nicht hinsieht, Zensur übt oder Verbote ausspricht.

Ist es also gut oder schlecht, wenn es in Bielefeld Veranstalter wie etwa das Kulturkombinat gibt, die sich der Thematik stellen und Hip Hop einen Raum bieten?

Das Jugendamt und der ISB haben hierzu ganz klar Stellung bezogen: Sie wollen diese Veranstaltung nicht im JZ KAMP haben und drohen dem Kulturkombinat mit Rauswurf, sollten sie sich nicht ihrem Wunsch beugen. Dabei spielt es keine Rolle, dass gerade die Jugendlichen, die tagsüber die offene Jugendarbeit des KAMP (betrieben durch die Falken) besuchen, unter den ersten waren, die sich Karten für das Konzert sicherten. Hier hätte sich für Kritiker eine gute Möglichkeit geboten, sich konstruktiv mit dem Thema zu befassen – z.B. durch Einbindung des Konzertes in einen Workshop, der sich ernsthaft mit dem Thema Hip Hop auseinandersetzt, durch Betreuung der Jugendlichen während des Konzertes, durch Reflektion nach dem Konzert. Muss man sich zeitgemäße und zielgruppenorientierte Jugendarbeit nicht so vorstellen?

Waren auch schon im KAMP – Fotos von oben: Die angefahrenen Schulkinder, Gisbert zu Knyphausen, Panteon Rococo, Wiglaf Droste

Durch rechtzeitiges Zusammensetzen aller Beteiligten, hätte sich viel erreichen lassen -anstatt lange Zeit wegzusehen, dann über ein Konzert empört zu sein, welches schon seit Monaten in den Vorankündigungen (Homepage, Plakate im Stadtgebiet und im JZ KAMP selbst) zu finden ist und schließlich mit Sanktionen zu drohen. So wurde den Jugendlichen statt einer aktuellen und zeitgemäßen Jugendarbeit ein wahrer Bärendienst erwiesen.

Und das Ende vom sprichwörtlichen Lied? Die durch Jugendamt & ISB angedrohten Sanktionen führten letztendlich dazu, dass das Konzert an einen anderen größeren Veranstaltungsort verlegt wurde. Schließlich geht es darum, ein Fortbestehen des Vereins, der von den Räumlichkeiten abhängig ist, zu sichern. Denn das Kulturkombinat möchte weiterhin das tun, was sein erklärter Selbstzweck ist – Veranstaltungen und Konzerte durchführen, von denen übrigens ca. 99% über jegliche Kritik erhaben sind - außer natürlich über den Musikgeschmack, aber über den lässt sich ja bekanntlich streiten.

Die Autorin ist Referentin der Ratsfraktion, ehrenamtlich tätig im Kulturkombinat KAMP e.V. seit 1999 und beileibe kein Fan von Kollegah - und sie ist auch nicht der Ansicht, dass Bushido seinen BAMBI für Integration wirklich verdient hat.

Rot-Grün im Land

Mit frischem Wind zu neuen Ufern!

Die ersten eineinhalb Jahre der rot-grünen Minderheitsregierung sind inzwischen vorbei. Eine ganz schön lange und erfolgreiche Zeit für eine Konstellation, der viele zunächst nicht über den Weg getraut haben.

Von Matthi Bolte

Lange war es ein beliebtes Spiel, Abgeordnete nach dem nächsten Wahltermin zu fragen. Die Antwort „Muttertag 2015" stellte sich immer wieder unterschiedlich realistisch dar. Mittlerweile allerdings zeigt sich: Das „Wackelbündnis" am Rhein ist so instabil nicht. Erfolge wie die Abschaffung der Studiengebühren, die Kibiz-Revision, das neue Landespersonalvertretungsgesetz, das anstehende Klimaschutzgesetz und der bald verabschiedete Stärkungspakt Stadtfinanzen, ganz besonders aber der Schulkonsens, zeigen, dass sich mit dieser in Deutschland ungewöhnlichen Konstellation viel bewegen lässt.

Rot-Grün hat nicht nur mit diesen Beispielen gezeigt, dass wir unserem Anspruch, in bunten Bündnissen und an der Sache orientiert zu gestalten, gerecht werden können. Jedes gelungene Projekt hat dazu beigetragen, dass sich die Aufregung um die Minderheitsregierung nach und nach gelegt hat. Die politische Lage zwischen Rhein und Weser hat sich beruhigt. Insbesondere in den letzten Monaten spricht niemand mehr über Neuwahlen, sondern man geht davon aus, dass die Regierung bis zum regulären Wahltermin erfolgreich und unaufgeregt weiter arbeiten kann.

Der Autor ist Bielefelder Landtagsabgeordneter

Diese grundsätzlich veränderte Stimmung führte in den vergangenen Monaten auch in der täglichen politischen Arbeit zu einer Beruhigung: Es geht nicht mehr nur im Eiltempo von Großprojekt zu Großprojekt, sondern es gibt Freiräume, politische Konzepte über den Tag hinaus zu entwickeln. Beispielhaft für den Fachbereich Netzpolitik sei hier die im nächsten Frühjahr geplante Veranstaltungsreihe „Soziales Netz" zur sozialpolitischen Dimension der Netzpolitik genannt. Hieraus werden neue Konzepte folgen. Die Entspannung nach den letzten Monaten hat diese Räume zum Weiterdenken und Konzepte entwickeln erst ermöglicht.

Nichtsdestotrotz gibt es auch auf der vor uns liegenden Strecke verschiedene Herausforderungen. Der Landeshaushalt für das Jahr 2012 soll im April verabschiedet werden. Hierfür wird es erneut notwendig sein, intensiv um Mehrheiten bei den anderen Fraktionen zu werben. Der Haushalt, der bisher nur in Eckdaten vorliegt, ermöglicht jedoch eine breite Zustimmung, denn er wird erneut den gerechten Ausgleich zwischen dem Anspruch auf Konsolidierung und Investitionen in die Zukunft gerecht werden. Um diese beiden Ansprüche umzusetzen, stehen wir jedoch immer noch vor weiteren Herausforderungen: Der neue Haushaltsentwurf sieht noch immer eine Neuverschuldung von fast 4 Mrd. Euro vor. Zur Erreichung der Ziele der Schuldenbremse sind daher Konsolidierungsschritte auf Landesebene notwendig, die aber nur gelingen können, wenn sich der Bund endlich in angemessener Weise an den Kosten der Länder beteiligt.

Ebenso groß sind die Herausforderungen für mehr Demokratie in NRW. Rot-Grün hat ein umfassendes Gesetzespaket zur Erleichterung von Volks- und Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Damit Volksbegehren in Zukunft kein zahnloser Tiger bleiben, brauchen wir eine Änderung der Landesverfassung, zur Absenkung der Zustimmungshürden für erfolgreiche Volksbegehren. Hierfür ist die Zustimmung der CDU als größter Fraktion des Landtags notwendig, weshalb wir als regierungstragende Fraktionen auf die demokratische Verantwortung der CDU-Fraktion angewiesen sind.

Kurzmeldungen aus Berlin

BRITTA HASSELMANN BERICHTET AUS BERLIN

Rechtsextremismus: Versagen auf ganzer Linie

Wir sind erschüttert über die Morde, Bombenanschläge und Banküberfälle. Dreizehn Jahre lang konnten Neonazis ungehindert terroristisch agieren, ohne dass die Sicherheitsbehörden Konsequenzen zogen. So befasste sich der Bundestag auf Antrag von Bündnis 90/Die GRÜNEN in einer Sonderdebatte mit den rechtsextremistischen Mordtaten. Alle Fraktionen haben sich auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag verständigt. Darin wird Scham über die Taten ausgedrückt und eine zügige Aufklärung der Morde und rasche Konsequenzen gefordert, darunter die Prüfung eines neuen NPD-Verbotsantrages.

Je mehr Details über die rechtsterroristische Mordserie und über das eklatante Versagen staatlicher Behörden – die organisierte Unverantwortlichkeit auf allen Ebenen - bekannt werden, desto deutlicher wird: Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Hier helfen weder mehr Zentralisierung noch die ordnungsstaatlichen Reflexe der CDU/CSU oder der Ruf nach Vorratsdatenspeicherung. Die Behörden hatten alle nötigen Befugnisse und Möglichkeiten. Deshalb muss zuerst geklärt werden, warum es ein so breites Versagen an so vielen Stellen gegeben hat und wie das Zusammenspiel aus Systemversagen und mangelndem Problembewusstsein gewesen ist. Denn wir brauchen Sicherheitsbehörden, die funktionieren, kooperieren und einen realistischen Blick für die Gefahr von Rechts haben.

Neben einer lückenlosen und transparenten Aufklärung aller Versäumnisse der Sicherheitsbehörden müssen zivilgesellschaftliche Mechanismen greifen. Völlig unakzeptabel ist, dass Familienministerin Kristina Schröder Bundesmittel für zivilgesellschaftliche Projekte im aktuellen Haushaltsverfahren kürzen wollte. Wir GRÜNE haben deshalb in den gleichzeitig stattfindenden Haushaltsberatungen beantragt, die Mittel von 27 Mio. Euro auf 50 Mio. aufzustocken und durch ein neues Programm „Maßnahmen für eine demokratische Kultur, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ zu ersetzen. Die Unionsfraktion hat daraufhin zugesagt, einzelne Titel im Etat des Familien- und auch des Justizministeriums anzuheben.

Bundeshaushalt: Neuverschuldung ohne Bremse

Im November stand der Bundeshaushalt für das Jahr 2012 im Vordergrund der Bundestagsberatungen. Offenkundig ist, dass die Bundesregierung fast überall mehr Geld ausgibt und nur an einer, und zwar an der falschen, Stelle spart: im Sozialbereich. Vor allem die Kürzungen für Eingliederungsleistungen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II sind widersinnig und in keiner Weise nachhaltig. Aufgrund der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt besteht gerade jetzt die Chance, auch Menschen wieder in den (ersten) Arbeitsmarkt zu integrieren, die sehr lange arbeitslos waren. Dafür braucht es aber staatliche Mittel, um diese Menschen gezielt zu qualifizieren.

Dagegen wird die schon im Sparprogramm von 2010 angekündigte Dividende aus der Bundeswehrreform nicht erzielt. Durch die Abkehr von den Sparvorgaben hat die Bundesregierung ohne Not den Reformdruck von der Bundeswehr genommen.

Statt durch den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen ein Signal in Richtung einer ökologischen Neuausrichtung der Volkswirtschaft zu setzen, zum Beispiel durch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs oder das Ende der Steuerbegünstigungen von Kerosin, plant die Bundesregierung sogar neue Subventionen für energieintensive Betriebe und kürzt beim ökonomisch und ökologisch sinnvollen Marktanreizprogramm für erneuerbare EnergieWärme.

Steuersenkungen sind nicht finanzierbar

Die Nettoneuverschuldung des Bundes soll in 2012 mit 26,1 Mrd. Euro höher sein als in 2011. Dabei sind die Rahmenbedingungen derzeit noch relativ günstig. Die Steuereinnahmen sind relativ hoch und allein aufgrund der für Deutschland günstigen Zinsentwicklung konnten die Ausgaben um 1,7 Mrd. Euro gesenkt werden. Doch wenn jetzt schon die Zinsen für Frankreich und Österreich steigen: Wie lange werden wir noch von der Euro-Krise durch niedrige Zinsen für unsere Staatsanleihen profitieren? Außerdem läuft die Konjunktur in diesem Jahr noch gut und wir können mehr Steuern einnehmen als erwartet. Allerdings gibt es sehr ernsthafte Anzeichen, dass die Finanzkrise sich künftig auf unsere Realwirtschaft auswirken wird. Dann wäre es richtig, in guten Zeiten zu sparen, um für schlechtere Zeiten gewappnet zu sein, also anti-zyklisch zu agieren.

Vor diesem Hintergrund bleibt völlig unklar, wie die versprochenen Steuersenkungen ab 2013 über insgesamt 6 Mrd. Euro finanziert werden sollen. Diese werden einmal mehr unsere unterfinanzierten Kommunen belasten. Bezahlen müssen dies am Ende die BürgerInnen über höhere kommunale Gebühren und Beiträge. Von einer hinreichenden Finanzausstattung für unsere Städte und Gemeinden sind wir jedenfalls noch weit entfernt.

Die Autorin ist kommunalpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

Bildungsreise nach Berlin
29. September bis 1. Oktober 2011

Besuch bei Britta Haßelmann

Von Luise Schlabach

Die Autorin hat ein Praktikum bei den Bielefelder GRÜNEN absolviert.

Am Donnerstag kamen wir, nach einer kurzen ICE-Fahrt, mit Spitzengeschwindigkeiten von über 250 Km/h, gegen zwanzig nach elf am Ostbahnhof in Berlin an.

Der Donnerstag

Dort stiegen wir, eine Gruppe bestehend aus 49 Bildungswilligen, mit unseren Koffern in einen Bus, der uns zum Berliner Fernsehturm am Alexanderplatz fuhr. Mit den VIP-Pässen, und nachdem wir uns aller Flüssigkeiten in Gefäßen über 250 ml entledigt hatten, konnten wir direkt nach der Taschenkontrolle zum Fahrstuhl gehen, welcher uns binnen 40 Sekunden auf 203,78 m fuhr. Dort oben konnten wir, mit der besten 360° Aussicht Berlins, um 12 Uhr zu Mittag essen. Es war ziemlich salzig, ob das an der Höhe lag?

Da es für die Rückfahrt auf den Boden der Tatsachen keine VIP-Behandlung gab, fanden wir uns alle ca. gegen 13.30 Uhr wieder vor dem Fahrstuhl auf der Aussichtsebene ein. Glücklicherweise ist es am Donnerstag längst nicht so voll, wie am Wochenende und so saßen wir alle recht schnell wieder im Bus, um pünktlich zum Sicherheits-Check am Reichstagsgebäude zu sein.

Plenarsaal

Um ca. 15 Uhr besuchten wir dort dann eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der es u.a. um Arbeitsmarktpolitik ging. Im Gegensatz zu den Abgeordneten darf das Publikum dort keine unqualifizierten Kommentare abgeben, sondern muss andächtig, nach Aufforderung, auf einer der abgeteilten Tribünen Platz nehmen. Um 16 Uhr trafen wir unsere Bielefelder Abgeordnete Britta Haßelmann, die uns zur Diskussion einlud. Sie erzählte über ihren Alltag im Bundestag und informierte über die aktuelle politische Stimmung in Berlin. Danach ging sie mit uns durch das Gebäude und auf das Dach zur Glaskuppel. Auf der Dachterrasse gab es um 17 Uhr einen Fototermin mit der Glaskuppel im Hintergrund, bei strahlendem Sommerwetter.

Bundespressekonferenz

Nach diesem zweitschönsten Ausblick über Berlin ging es wieder zurück in den Bus, der uns um ca. 18.30 Uhr zum Check-In ins Winter's Hotel City Messe fuhr. Um 19.30 Uhr gab es dort in angenehmer Atmosphäre Abendessen.

Potsdamer Platz

Der Freitag

Nach einem reichhaltigen Frühstück im Hotel ging es am Freitagmorgen gleich politisch weiter. Um 8.30 Uhr fuhr uns der Bus in Richtung Tiergarten zu einer Führung durch das Bundeskanzlerinnenamt. Draußen schien immer noch die Sonne und brachte den Sommer, und so ging es auch raus auf den Balkon, auf dem es, ohne die klimatisierte, trockene Luft innerhalb des Gebäudes, bedeutend angenehmer war. Besonders der internationale Konferenzraum im Zentrum des Bundeskanzlerinnenamts war sehr stickig. Vom Balkon aus konnten wir runter auf den Haupteingang und Hof, in dem Gäste auf dem roten Teppich empfangen werden, gucken. Oben links und rechts sind jeweils die Büros von Angela Merkel und dem Chef des Bundeskanzleramts Ronald Pofalla. In dem Gebäude finden auch Staatsbanquette statt, bei denen die Kanzlerin für ganz Deutschland mit den Führungen anderer Staaten speist. Das Gebäude und die gesamte Einrichtung erzeugen ein Bild, welches in erster Linie Bürger anderer Länder von Deutschland bekommen, da Staatsbesuche durch die Medien übertragen werden. Es ist recht schlicht gehalten, was auch durch die deutsche Geschichte bedingt ist.

Das anhaltende Sommerwetter lud uns ein, zu Fuß durch das Regierungsviertel entlang der Spree zum Reichstagufer 14 zu schlendern, zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Aufgabe des Amts ist es insbesondere die Bundeskanzlerin zu informieren, dafür bündelt es den immer größer werdenden Informationsstrom der Welt, um ihn auf ein menschenmögliches Maß zu reduzieren.

Es ist nicht zu verwechseln mit der Bundespressekonferenz, die der Regierung die ‚passenden' Fragen stellt, auf die unsere politische Führung regelmäßig antworten muss. Das Gebäude ist durch die schwarze Umrandung leicht zu erkennen. Die Bundespressekonferenz gehörte jedoch nicht zu unserer Tour und so stiegen wir wieder in den Bus, der uns zum Altberliner Restaurant am Arkonaplatz chauffierte. Da unser Wirt ein mitdenkendes Organisationstalent war, konnten wir direkt vor dem Restaurant aussteigen und unser Busfahrer Bernd hatte auch gleichzeitig einen Parkplatz im Schatten.

Nach einer kleinen Pause, die einige von uns zum Bummeln und Obst kaufen im Park nutzten, fuhren wir weiter nach Berlin-Wedding zur Bernauer Straße, an der die Mauer verlief. Hier wurden für die Gedenkstätte Teile der Original-Mauer erhalten. Die Sonne schien zwar immer noch und auch die gute Lösung, alle Besucher mit Kopfhörern auszustatten, damit sie dem Vortrag leichter folgen können, täuschte nicht über ein dumpfes, gräuliches Gefühl hinweg, welches sich irgendwie im Nacken festsetzte.

Im Anschluss ging es wieder in die Innenstadt zum Sony-Center, in dem sich auch das Museum für Film und Fernsehen befindet. Hier konnten wir eine ständige Ausstellung für Film, Fernsehen und verschiedene Storyboards besichtigen.

Um 19 Uhr, kurz vor Sonnenuntergang, wartete am Anleger Caprivibrücke bereits der ‚Fliegende Holländer' auf uns, für eine Bootsfahrt auf der Spree. Den ersten Teil sahen wir in der Abenddämmerung bei leckerem Essen und kühlen Getränken. Der zweite Teil erfolgte im Dunklen der Nacht und wurde mit informativen Kommentaren unterstrichen. Beginnend im Zentrum Berlins entdeckten wir das historische und politische Herz der Stadt. Die Reise begann am Berliner Dom, darauf folgte das Nikolaiviertel. Wir fuhren an der weltberühmten Berliner Insel der Museen vorbei zur Weidendammer Brücke, von dort aus ging es wieder ins Regierungsviertel und zum Reichstag, dem politischen Herzen Berlins. Der Berliner Hauptbahnhof folgte, ebenso wie das am Vormittag besuchte Bundeskanzlerinnenamt.

Der Samstag

Der dritte und letzte Tag der Bildungsreise durch Berlin war ein Samstag und so konnten wir ein bisschen länger schlafen. Um 10 Uhr begann unsere Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt, welche an politischen Gesichtspunkten orientiert war. Wir fuhren an verschiedenen Botschaften vorbei, sahen die Siegessäule und hatten Zeit für eine kurze Pause auf dem Gendarmenmarkt, dem wahrscheinlich schönsten Platz Berlins. Wer das Symbol der Ostalgie, oder Ampelmännchen generell mag, findet dort auch einen Laden, der sämtliche Artikel dazu führt. Ein anderer schöner Laden ist Fassbender & Rausch Chocolatiers, das größte Schokoladenhaus der Welt. Im Geschäft gibt es nicht nur Düfte und etwas für den Gaumen, sondern auch einen Schokoladen-Vulkan, einen riesengroßen Teddybär, einen 2m hohen Alexanderturm, fußballgroße Schokoladenpralinen und das Reichstagsgebäude, komplett aus leckerster Schokolade. Man weiß nicht genau, ob es bemitleidens- oder beneidenswerte MitarbeiterInnen sind, die täglich inmitten dieser Köstlichkeiten stehen.

Um 13 Uhr gab es dann wieder Mittagessen, diesmal in der Osteria Caruso, einem netten italienischen Restaurant. Dort gab es ein leckeres Buffet mit vielen verschiedenen Köstlichkeiten, von Antipasti über Pasta zu Tiramisu, kleine Obsttörtchen und weitere italienische Spezialitäten.

Um 14.30 Uhr ging es, nach einer kurzen Busfahrt, zur Führung durch das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors. Hier wurde uns in einer denkwürdigen, und sehr differenzierten Weise erläutert, welche Bilder des zweiten Weltkriegs ausgestellt sind, was sie zeigen und eben nicht zeigen und, wie wirkungsvoll die Strategie des Terrors war.

Im Anschluss blieb uns noch etwas Zeit, um einen individuellen Rundgang, bspw. über den Potsdamer-Platz zu machen, einen Cappuccino zu genießen und die Sonne, bevor uns der Bus zum Hauptbahnhof fuhr.

Bildungsfahrten wie die beschriebene finden 2–3 mal jährlich statt.
Nähere Infos zur kommenden Reise hier von Britta Haßelmann:

Als Mitglied des Deutschen Bundestages habe ich die Möglichkeit, über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, eine begrenzte Zahl von Besucherinnen und Besuchern aus Bielefeld nach Berlin einzuladen.

So möchte ich Euch – liebe grüne Mitglieder und Grüninteressierte – auf die nächste dreitägige Berlin-Fahrt vom 26. bis 28. April 2012 aufmerksam machen, zu der unter anderem der Besuch einer Plenarsitzung beim Deutschen Bundestag, ein Informationsgespräch und eine anschließende Kuppelbesichtigung gehören. Angefragt sind außerdem ein Gespräch in der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, eine Führung durch das Bundeskanzleramt und der Besuch der Mauer-Gedenkstätte Bernauer Straße. Ergänzt wird das Programm durch eine an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt.

Der Eigenanteil an den Reisekosten ist sehr gering, da die Bahnfahrten Bielefeld <—> Berlin, die Übernachtungen und auch einige Essen vom Bundespresseamt übernommen werden. Das vom Bundespresseamt vorgeschlagene Mindestalter für diese Fahrten ist 18 Jahre.

Ich hoffe, Euer Interesse geweckt zu haben und lade Euch herzlich ein, im Rahmen dieser Kurzreise nach Berlin interessante Kontakte in der grünen Mitgliedschaft und darüber hinaus zu knüpfen und Einblicke in die Arbeit im Deutschen Bundestag zu gewinnen.

Bitte sendet Eure Anmeldungen oder Fragen zu der Fahrt möglichst per mail an Mouna Willmann, meine Mitarbeiterin im Bielefelder Büro: britta.hasselmann@wk.bundestag.de.

Grüne Netzpolitik

Freiheit, Offenheit, Teilhabe – Digital ist besser

Als im Bundestagswahlkampf 1994 Helmut Kohl gefragt wurde, was er für den Ausbau der Datenautobahn in Deutschland tun werde, antwortete der damalige Bundeskanzler, Autobahnen seien föderal organisierte Bundesfernstraßen in der Oberhoheit der Länder. Knapp 20 Jahre später hat sich die Debatte zum Glück weiterentwickelt.

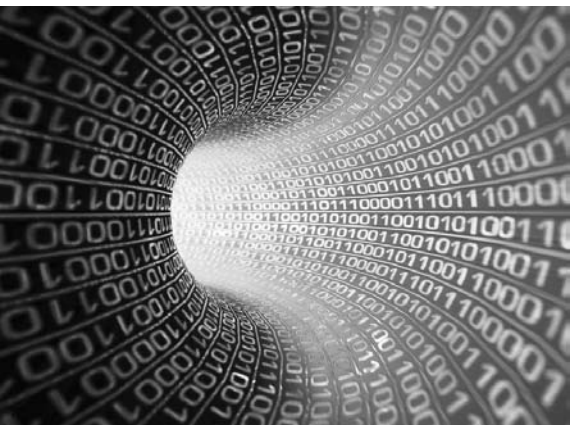
Von Matthi Bolte

Netzpolitik ist ein eigenes Politikfeld, sie ist kein Nerd-Thema aus der Nische mehr, sondern ein zentrales Feld und eine neue Dimension für die Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

Was ist grün an GRÜNER Netzpolitik?

Grüne Netzpolitik stellt die Chancen in den Mittelpunkt, wo andere nur Gefahren sehen. Das Internet ist für die konservative Seite bis heute ein Hort von Killerspielen, Pornos und Terrorismus – daran ändert sich auch nichts, wenn sich Peter Altmaier via twitter zur Sachertorte verabredet. Wir GRÜNE sehen dagegen die Möglichkeiten, die sich aus der Entstehung dieses neuen kreativen Raums ergeben.

Das Internet als sozialer Raum (längst nicht mehr als Medium!) bildet die heutige Gesellschaft 1:1 ab. Das bedeutet: Auch die negativen Erscheinungen unserer Gesellschaft finden sich im Netz. GRÜNE Netzpolitik stellt sich deshalb auch der Herausforderung, wirksame Schutzmechanismen – gerade auch für Kinder und Jugendliche – zu entwickeln. Schutz und Freiheit sind auch im Netz keine Gegensätze, sie stellen aber vielfach ein Spannungsfeld dar. Freiheit, die wir meinen, verzichtet nicht auf Leitplanken. Diese sind aber der Netzrealität angemessen, sie schützen die Freiheit des Internets und unseres Rechtsstaats.



Digitalisierung der Demokratie

Die Demokratiegewinne durch die Digitalisierung können nicht hoch genug bewertet werden. Demokratische Vorfeldprozesse wie Information, Meinungs- und Willensbildung in der Bevölkerung können durch das Netz vereinfacht und auf eine breitere Basis gestellt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, Menschen anzusprechen, die wir mit den bekannten Formen demokratischer Partizipation nicht erreichen.

Das klassische Beteiligungsformat der BürgerInnenversammlung beispielsweise bietet zwar die Möglichkeit zur Partizipation, ist aber räumlich und zeitlich sehr unflexibel. Dadurch werden Menschen ausgeschlossen. Bei netzbasierten Konsultations- und Partizipationsprozessen können alle teilnehmen, die Zeit, Lust und Interesse haben, sich einzubringen. Viele Städte haben sich bereits auf den Weg zu einem BürgerInnenhaushalt gemacht und können bei intelligenter Ausgestaltung der Online- Partizipation durchaus Vorbildcharakter haben. Auch auf Landesebene wurden gelungene Online- Konsultationsprozesse durchgeführt, z.B. zum Medienpass NRW (medienpass.nrw.de).

Neben diesen neuen Möglichkeiten für mehr Offenheit und Dialog in politischen Prozessen profitiert die Demokratie auch von mehr Transparenz durch die Digitalisierung. Zunächst entsteht mehr Transparenz durch die Erweiterung der Öffentlichkeit: Informationen über politische Prozesse werden heute nicht mehr nur durch etablierte Medien, sondern z.B. über Blogs verbreitet und damit auf eine breitere Wissensbasis gestellt. Ebenfalls können die Grundlagen politischer Entscheidungsprozesse der Bevölkerung online leichter zugänglich gemacht werden. Das Zauberwort hierfür heißt Open Data. Open Data meint die Weitergabe öffentlicher Daten in maschinenlesbarer Form zur freien Verwendung durch Bürgerinnen und Bürger. Dadurch erhöht sich nicht nur die Transparenz politischer Entscheidungen, sondern es wird auch ein erhöhtes Innovationspotenzial freigesetzt. Open Data ist zu begreifen als die Vorstufe von Open Government. Hierbei handelt es sich um ein Gesamtkonzept zur Öffnung von Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei ist klar, dass derartige Prozesse genau wie in der Offline- Welt nicht ohne den Einsatz von Ressourcen und die Bereitschaft, echte Beteiligung zuzulassen, auskommen.

Bereits heute gibt es eine ganze Reihe gelungener kommunaler Open Data/Open Government – Prozesse. Auch Bielefeld könnte hiervon lernen. Beispiele wie frankfurt-gestalten.de zeigen, dass auch mit übersichtlichem Mitteleinsatz und viel Begeisterung ein hoher Gewinn an Transparenz und Beteiligung erreicht werden kann.

Urheberrecht digital

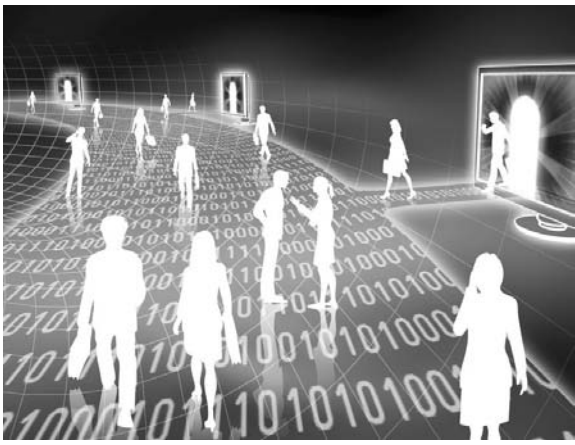
Das Urheberrecht, wie wir es heute kennen, ist den Bedingungen der Digitalisierung nicht mehr angemessen. Die technische Entwicklung ermöglicht es, kulturelle Güter ohne Qualitätsverlust und in nahezu unbegrenzter Zahl zu kopieren und zu verbreiten. Diese Entwicklung wird von uns GRÜNEN nicht verkannt. Wir sagen aber auch: Kreative, Künstlerinnen und Künstler, müssen die Möglichkeit haben, von ihrer Kunst zu leben. Wir wollen gerade die Freiräume für kreatives Arbeiten erhalten oder auch neu schaffen.

Die Mechanismen des klassischen Urheberrechts werden heute durch Kriminalisierung, massenhafte Abmahnungen oder durch das bspw. in Frankreich praktizierte „Three Strikes" genannte Stecker-Ziehen (nach drei Urheberrechtsverstößen wird der/dem NutzerIn der Internetzugang gesperrt) durchgesetzt. Diese erheblichen Eingriffe in die digitalen Grundrechte lehnen wir ab. Ebenso wenig zukunftsfähig ist jedoch die vollständige Freigabe des Urheberrechts, die allein auf die intrinsische Motivation von KünstlerInnen setzt und unterstellt, Menschen würden schon für etwas bezahlen, das ihnen gefällt.

Unser Konzept für ein Urheberrecht, das den Bedingungen der Digitalisierung angemessen ist, heißt Kulturflatrate. Die Kulturflatrate ist ein Modell zur pauschalen Vergütung von Kulturschaffenden. Ähnlich wie wir heute bereits pauschale Abgaben auf Trägermedien wie CD- Rohlinge entrichten, könnten im Rahmen einer Kulturflatrate solche Abgaben auf Internet- Anschlüsse entrichtet werden. Im Gegenzug wären die freie Weitergabe und das Remixen von kulturellen Werken erlaubt. Hiermit schaffen wir einen gerechten Ausgleich zwischen den Ansprüchen von Kulturschaffenden und den Bedingungen der Digitalisierung.

Über die Änderung des Urheberrechts wurde im Umfeld unseres Bundesparteitags viel diskutiert. Wie genau ein solches Konzept aussehen kann, welche Schutzfristen es gibt, wie Übergänge zu gestalten sind, das wollen wir nun gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten.

Erfolgsbedingung: Alle müssen drin sein



Zu dieser schönen neuen Netzwelt sollten alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben. Davon sind wir aber noch weit entfernt: 20% der Deutschen waren noch nie (!) im Internet. Dies sind vor allem Ältere und Menschen mit geringem Einkommen und niedrigen Bildungsabschlüssen. Wir stehen vor der Herausforderung, diesen Menschen Zugang zum Netz zu gewährleisten. Ein Weg ist hierbei die flächendeckende Verankerung digitaler Bildung in allen Bildungseinrichtungen.

Auch die kostenlose Bereitstellung von Netzzugängen kann hierbei Abhilfe schaffen. Viele Städte haben mittlerweile – vielfach gemeinsam mit privaten UnterstützerInnen – ein Netz von freien W-LAN – Zugängen im Stadtgebiet aufgebaut. Auch hier könnte sich Bielefeld auf den Weg machen.

Deine Daten gehören Dir!

Auch der Datenschutz wie wir ihn kennen, gerät unter den Bedingungen der Digitalisierung unter Druck. Dabei geht es nicht nur um Datenkraken wie google, facebook und Shopping-Portale, sondern auch um staatliche Eingriffe in die digitalen Freiheitsrechte. Instrumente wie die Vorratsdatenspeicherung, also die anlass- und verdachtslose Speicherung aller Telekommunikationsverkehrsdaten aller Bürgerinnen und Bürger über einen Zeitraum von 6 Monaten, haben wir GRÜNE auf allen politischen Ebenen abgelehnt und entschieden bekämpft.

Wir haben in NRW den Datenschutz gestärkt, indem wir den Landesdatenschutzbeauftragten besser ausgestattet und seine Unabhängigkeit strukturell gestärkt haben. Datenschutz braucht aber nicht nur starke Institutionen: Künftig werden Medien- und Datenschutzkompetenz gerade junger Menschen besser gefördert. Es wird aber nicht ohne gesetzliche Standards gehen. Statt der immer wieder propagierten freiwilligen Selbstverpflichtungen wollen wir z.B. bei den sozialen Netzwerken den Grundsatz „privacy by default", also restriktive Privatsphäre-Einstellungen als Grundeinstellung, verankern.

Der Autor ist Bielefelder Landtagsabgeordneter und innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Cradle to Cradle (C2C) – von der Wiege zur Wiege – Kreislaufwirtschaft

Bald auch in Bielefeld?

Von Luise Schlabach & und Claudia Heidsiek

Die Autorin hat ein Praktikum bei den Bielefelder GRÜNEN absolviert

Die Autorin ist Fraktionsreferentin und Mitglied des Ausschusses für Umwelt & Klimaschutz

Rohstoffknappheit und stark ansteigende Erdölpreise müssen nicht zum Problem werden, wenn die Produktion intelligent und zukunftweisend ist. Produkte, die nach dem Cradle to Cradle®-Konzept, konzipiert sind, sollen an ihrem Einsatzort ungiftig sein, ihre Bestandteile sollen zu 100% wieder- oder weiterverwendbar sein und zu ihrer Produktion werden regenerative Energien genutzt. Das C2C-Prinzip, welches Prof. Dr. Michael Braungart, Verfahrenstechniker, Chemiker und Geschäftsführer der EPEA GmbH mitbegründet hat, kombiniert ökologische und ökonomische Prinzipien und schafft durch diese Symbiose effektiv-intelligente Produkte. Die drei P's (profit, people, planet), sollen dabei berücksichtigt werden. Es geht um die Idee der Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen nach dem Ende des Produktlebenszyklus wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt werden, ohne dabei an Wert zu verlieren und die Umwelt zu vergiften. Die Zertifizierung ist dabei nicht maßgebend, die Produkte können auch lediglich inspiriert von C2C sein, wichtig ist nämlich der grundsätzliche Gedanke. Hierbei werden drei Prinzipien verfolgt:

1. Abfall ist Nährstoff

Ein Baum in voller Blüte produziert gleichzeitig Abfälle, die von Organismen am Boden als Nahrung weiter verwendet werden. Schließlich werden die Abfälle wieder zu Humus und zu neuem Nährstoff für den Baum und zu weiterer Blütenpracht, im nächsten Jahr. Ebenso intelligent können Produkte kreiert werden, damit ihre Komponenten nach der Verwendung nicht mehr verbrannt oder deponiert, sondern nützlich wieder- oder weiterverwendet werden können, ohne dabei an Wert zu verlieren, wie es beim derzeitigen Recycling gemacht wird.

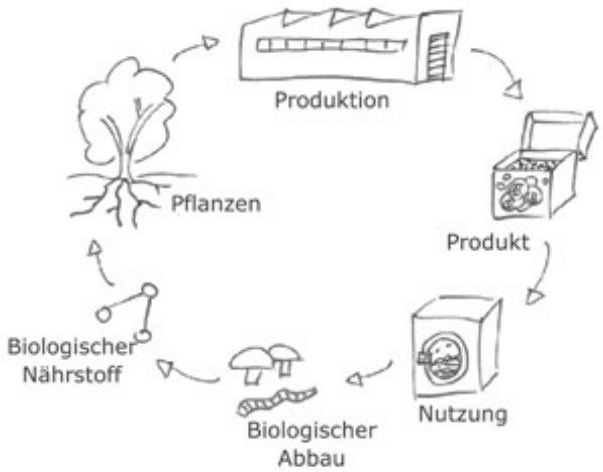
2. Nutzung von Regenerativen

Fossile Brennstoffe sind endlich, Atomenergie verseucht den Planeten unendlich lang, und für ihre Abfälle ist noch keine Lösung gefunden worden. Sonnenenergie, genutzt in Form von Windthermie oder direkt über Photovoltaikanlagen, kommt gratis auf unseren Planeten. Selbst der oben erwähnte Baum nutzt diese lebenspendenden Strahlen und produziert, hauptsächlich als Nebenprodukt, sogar noch Sauerstoff.

3. Förderung der Vielfalt

An ihrem Einsatzort sind die Produkte giftfrei und nützlich, denn verschiedene Ansprüche werden durch diverse Ideen gelöst. Beispielsweise gibt es Schuhsohlen, deren Abrieb umweltverträglich abgebaut wird, Eisverpackungen, die so konzipiert sind, dass sie bedenkenlos in die Natur geworfen werden können, da sie sich nach dem Auspacken zersetzen und dabei z.B. auch Samen von seltenen Pflanzen verteilen. Produkte können auch giftige Stoffe enthalten, sollen diese aber nicht an ihre Umwelt abgeben, weder am Einsatzort, noch in anderen Etappen des Kreislaufs. Diese Produkte werden nach Gebrauch zurückgeführt, ohne dass die Giftstoffe in die Natur gelangen.

Diese drei Prinzipien werden in zwei Kreisläufen angewendet, einem für Verbrauchsgüter, die biologisch abbaubar sind (biologischer Kreislauf) und einem für Gebrauchsgüter, welche nach Nutzung zurückgegeben werden, damit die Ressourcen nicht verloren gehen (technischer Kreislauf). Der technische Kreislauf ist in sich geschlossen, damit



Biologischer Kreislauf für Verbrauchsprodukte

die giftigen Stoffe, die weiterhin in den Produkten enthalten sein dürfen, die Umwelt nicht schädigen können.

So ist z.B. ein Teppich entwickelt worden, der in beiden Kreisläufen zirkuliert, da er sowohl einen Teil hat, der durch Abrieb verbraucht wird, als auch einen, der wiederverwendbar ist. Nach Nutzung wird der Teppich an den Produzenten zurückgegeben. Die Oberseite kann kompostiert werden. Die Rückseite des Teppichs wird eingeschmolzen und zu einer neuen Teppichrückseite, ohne dabei durch Recycling an Wert zu verlieren.

Die drei Prinzipien verfolgen mit den zwei Kreisläufen eine Vision: Die Natur kennt keinen Abfall, da sie in intelligenten Nährstoffkreisläufen effektiv produziert und verwertet. Das Cradle to Cradle-Konzept nutzt diese Öko-Effektivität, um effektiv-intelligente Produkte zu schaffen, mit dem Ziel, eine Symbiose von Wirtschaft und Umwelt zu ermöglichen.

Bedeutung für Bielefeld: Das C2C-BIZZ-Projekt

Die Stadt Bielefeld beteiligt sich derzeit zusammen mit der WEGE an einem EU-Projekt – dem C2C-BIZZ – dessen Zielsetzung es ist, die Entwicklung von Cradle to cradle-Prinzipien auf Gewerbeflächen im Bereich Nordwest-Europas zu verwirklichen und voranzubringen. Dabei ist Bielefeld als einzige beteiligte deutsche Stadt in guter Gesellschaft mit neun Projektpartnern aus den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Großbritannien. Durch die internationale Zusammenarbeit erhoffen die Projektpartner, Lösungen für die Anforderungen zu finden, die ein C2C-Gewerbeflächenmanagement mit sich bringt und einen Leitfaden zu erstellen, der als Grundlage für die weitere Entwicklung dienen soll. Dabei ist der Projektzeitraum zeitlich von 2011 – 2014 begrenzt.

Technischer Kreislauf für Gebrauchsprodukte

Bäume verkörpern durch ihr „geschlossenes“ Kreislaufsystem perfekt den Gedanken von C2C - aus diesem Grunde gilt der Kirschbaum als Symbol der Bewegung

Das Projekt selbst gliedert sich in vier verschiedene Arbeitsbereiche:

- Aufbau eines C2C Wissens- und Transfer-Centers
- Geschlossene Abfallkreisläufe
- Lösungen für Erneuerbare Energien
- Vielfalt auf Gewerbeflächen

Bielefeld wird sich thematisch den beiden letzten Themen widmen: Für den Sektor „Erneuerbare Energien“ bedeutet dies die Entwicklung von sogenannten „Energie-Generationen-Protokollen“, deren Zielsetzung es ist, den Einsatz fossiler Energieträger auf Gewerbeflächen zu beenden und stattdessen auf die Energieproduktion aus Erneuerbaren zu setzen und lokale Energiequellen zu nutzen.

Hinter dem Arbeitsbereich „Vielfalt für Gewerbeflächen“ befindet sich die etwas sperrig anmutende Absicht, durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Vielfältigkeit die Wettbewerbsfähigkeit, Langlebigkeit und Flexibilität der Standorte zu stärken. Auf einer Präsentationsveranstaltung Mitte November 2011, als der Bielefelder Baudezernent Gregor Moss das Projekt C2C-BIZZ der Politik und einer kleinen Bielefelder Öffentlichkeit vorstellte, konnte er noch keine konkreten Beispiele für die Praxis benennen, wie man/frau sich die Umsetzung des Sektors „Vielfalt“ in der Praxis vorstellen müsse. Allerdings war er guter Dinge, bis Ende 2014 auf diese Frage konkrete Antworten vorweisen zu können.

Leider fand der Aspekt des „Gewerbeflächenrecyclings“ bei der Vorstellung des Projektes keinerlei Erwähnung, obwohl er doch vortrefflich in das Konzept der geschlossenen Kreisläufe gepasst hätte. Aber bis 2014 ist es ja noch ein bisschen hin und vielleicht wird es ja bis dahin auch hierzu Antworten geben, die das grüne Herz erfreuen.

Erste grüne Denkfabrik

Denken, Diskutieren, Delegieren

In der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn ist schon sehr viel gedacht und dabei sehr viel für die Zukunft der Gesellschaft entschieden worden. Noch nie wurde aber so GRÜN gedacht wie an einem Wochenende im Oktober, als die grüne Denkfabrik zusammenkam - inklusive zahlreicher Bielefelder GRÜNEN.

Von Dominic Hallau

Bonn ist nicht gerade ostwestfälische Nachbarschaft, man musste sich also sehr früh auf den Weg in die ehemalige Bundeshauptstadt machen, um dann nach Kaffee-Doping schlicht zu denken. Denn das war das Ziel der grünen Denkfabrik: In 30 Workshops, vorgeschlagen von den Teilnehmenden, sollten neue grüne Konzepte für Politik und Gesellschaft erdacht werden. In Bielefeld machte man sich sogar mit einer eigenen Projektgruppe an die Arbeit und schaffte es, einen Workshop zur grünen Wirtschaft in das Programm zu integrieren. Dass „Dasselbe in GRÜN - Warum wir eine bessere Wirtschaft brauchen“ zu Recht aufgenommen wurde, zeigte die Resonanz, denn gleich zwei Sessions wurden eingerichtet, um der Anzahl der Anmeldungen gerecht werden zu können.

Bevor es aber in die Workshops ging, empfing uns der Landesvorstand vor der beeindruckenden Kulisse des World Conference Centers, dem ehemaligen Bundestag. Dort ließ sich den Gastbeiträgen von Ulrike Herrmann (taz) und Prof. Dr. Stephan Lessenich (Universität Jena) ganz vorzüglich lauschen und ein wenig von dem Gefühl aufsaugen, wie es sein könnte, an den Hebeln der Gesellschaft zu sitzen.

Die Bielefelder Workshops könnten in jedem Fall interessante Hebelwirkung haben. Als offene Veranstaltung lassen sich die Protokolle der Workshops immer noch im Netz (www.gruene-denkfabrik.de) verfolgen. Zum einen formulierten wir als Auftrag an die LAG Wirtschaft, einen wirtschaftspolitischen Antrag für die kommende LDK zu entwickeln, zum anderen wünschten wir uns von Landesverband eine landesweite Aktion, um GRÜNE Wirtschaftspolitik auch in der breiten Masse als grünes Thema zu etablieren.

Nicht nur unsere Projektgruppe „Denkfabrik“ konnte einen erfolgreichen Workshop vorweisen, auch unser Landtagsabgeordneter Matthi Bolte hielt mit „Sind wir schon alle drin?“ einen Workshop zum Thema Netzpolitik. Und PeJo Boeck hatte mit seinem Workshop „Die Energiewende gestalten und organisieren - Wie schaffen wir das?“ ebenfalls den Nerv der Teilnehmenden so gut getroffen, dass zwei Sessions angesetzt werden mussten. Auch diese Protokolle sind online verfügbar.

Man kann also mit ein wenig Stolz behaupten, dass Bielefeld sehr gut mitgedacht hat und hoffentlich in den weiteren Schritten sehr gut mitmachen wird, damit es nicht nur bei Gedankenspielen geblieben ist.

Der Autor ist Mitglied des Kreisvorstands

GRÜNE Bielefelder Projektgruppe bei der Denkfabrik vor Ort

Eine Buchkritik zur Geschichte der Partei

Gelb oder GRÜN?

Von Tobias Zimmermann

Der Politikwissenschaftler Franz Walter ist ein renommierter Parteienforscher und lehrt und forscht an der Universität Göttingen. Wir kennen Walter, der sein Staatsexamen im Übrigen an der hiesigen Universität in Bielefeld ablegte, aber vor allem auf Grund seiner Kommentare und Einwürfe in verschiedenen Zeitungen, wie dem „Spiegel", der „Welt" oder der „Frankfurter Rundschau".

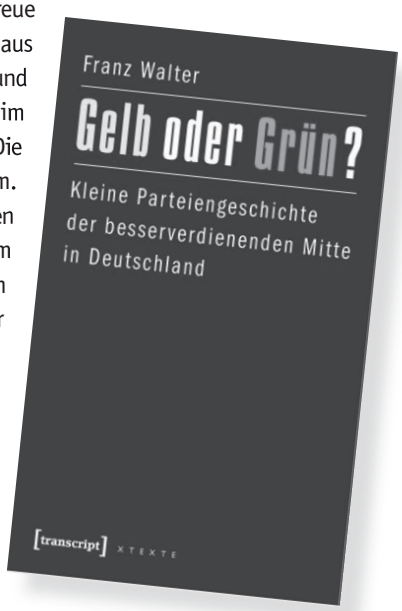
In seinem 2010 erschienenen Buch „Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland" setzt er sich analytisch mit der Geschichte von GRÜNEN und FDP auseinander. Uns interessiert natürlich, welche Schlaglichter er in unserer Parteigeschichte hervorhebt. Grundsätzlich ist vorauszuschicken, dass Walter stets eine nüchterne Distanziertheit beibehält und dabei die analytische mit der nacherzählenden Ebene verwebt, sodass man in diesem Buch die grüne Geschichte aus Sicht des Parteienforschers Walter nachlesen kann. Walter betitelt den zweiten, grünen Teil von „Gelb oder Grün?" mit „Partei der angepassten Unangepassten" und dieses Credo zieht sich durch Walters gesamte Historie der GRÜNEN. Für ihn machen den Kern der GRÜNEN die in der bürgerlichen Gesellschaft angekommenen Alt-68er aus. Ehemalige Demonstranten, die heute als Beamte ihre politische Agenda ihrem eigenen Lebenswandel angepasst haben. Dazu kommen vorwiegend intellektuelle, junge, weibliche Sympathisantinnen. Insgesamt handele es sich bei den GRÜNEN um eine recht homogene Gruppe „wohlsaturierter Postmaterialisten". Dabei gesteht er den GRÜNEN zwar ein hohes Maß an moralischer Festigkeit zu, macht sie aber gleichzeitig zu ökologischen Kapitalisten, zu Konsumenten der Nachhaltigkeit. Ökologisches Bewusstsein wird zum Chic einer hochgebildeten „Upper Class", die anstelle des vierrädrigen Statussymbols mit Stern auf der Kühlerhaube eben mit Solarenergie heizt und teurere Bio-Lebensmittel konsumiert. In guten Phasen, meist eingeläutet durch eine längere Oppositionszeit, werde die grüne Partei aber zum Sammelbecken für allerhand Trendsetter, die sich vom kreativen, unangepassten Esprit der Partei einfangen lassen. Erst mal in der Regierung angekommen aber, verlöre die angekommene Bewegung ihre Dynamik und viel schlimmer noch, man werde wie alle anderen siegreichen Oppositionsparteien zuvor - mangels Inspiration - zum Beschützer der bestehenden Verhältnisse. Durch die Zeilen schimmert das medial eifrig gepflegte Bild der Mode- und Protestpartei. Walter sieht die GRÜNEN, insbesondere zu Zeiten der Regierungsverantwortung, aber auch in der Opposition seit 2005, im Spannungsfeld der (bürgerlichen) Mitte. Es gelte das Kunststück zu bewältigen, bürgerliche Verlässlichkeit mit der Extravaganz des Protests in Einklang zu bringen, ohne in Profillosigkeit zu erstarren. Auch wenn man an diesen Stellen nicht auf die überkommenen Vokabeln Fundis und Realos stößt, kommt einem das von Walter identifizierte Dilemma merkwürdig bekannt vor. Auch wenn es erfreut, dass er den GRÜNEN zugesteht, in Zeiten von Rot-Grün mehr durchgesetzt zu haben, als der damals große Koalitionspartner und er die Ausrichtungsprobleme vor allem auf das anspruchsvolle, weil intelligente (wenn in ihrer Intelligenz auch überhebliche) Zielpublikum der GRÜNEN zurückführt, wird doch deutlich, dass er uns diese Kunstfertigkeit nicht zutraut. Er sieht die GRÜNEN perspektivisch im besten Fall als Zünglein an der Waage bei der Mehrheitsfindung für politische Entscheidungen. Walter ist Wissenschaftler und seine Annahmen sind ja durchaus nicht falsch. Doch wieso decken sich die Ergebnisse des Parteienforschers aus Göttingen scheinbar so gut mit den gängigen Klischees, gegen die wir in alltäglichen Diskussionen auch anzukämpfen haben? Ich denke, dass die Frage nach dem Profil der GRÜNEN vor allem eine Frage der Deutungshoheit ist. Wenn wir in der gesellschaftlichen Mitte angekommen sind, muss dass ja nicht zwingend heißen, dass grüne Politik blasser geworden ist, vielleicht ist die Politik der Mitte auch grüner geworden? Wenn die intellektuelle Wählerschaft der GRÜNEN, die nicht nur aus gut verdienenden Akademikern und Beamten besteht, sondern ebenso aus von BAföG lebenden StudentInnen (und natürlich vielen anderen grünen IndividualistInnen), mehr Geld für fair gehandelte und nachhaltig produzierte Produkte investiert, muss das nicht gleich ein Ausdruck ökologischer Dekadenz sein. Man könnte es auch Prinzipientreue nennen. Dazu passt, dass Walter sich darüber hinaus noch ausführlich den verschiedenen Koalitionen und Koalitionsmöglichkeiten widmet. Dabei vor allem im Fokus: die Frage nach den „Risiken der Wendigkeit". Die Frage nach grünen Inhalten dagegen stellt sich kaum.

„Gelb oder Grün?" von Franz Walter ist gut zu lesen und vermittelt interessante Erkenntnisse. Mir vor allem die, dass Walter viele Tatsachen schildert, die in einem anderen Licht ganz anders aussehen können. Darüber hinaus öffnet das Buch noch einmal deutlich die Augen für die Chance, die sich unserer Partei mit dem derzeitigen Höhenflug bietet – wenn wir die Deutungshoheit über diesen auch gewinnen. Die Diskursanalyse ist ein hochgradig komplexer und abstrakter Forschungszweig, aber die Erkenntnis, dass ein Diskurs nicht nur um Realitäten kreist, sondern Realitäten auch produziert, sollten wir für uns nutzbar machen.

Der Autor ist Politikwissenschaftler und seit einem engagierten Landtagswahlkampf 2010 Mitglied der Bielefelder GRÜNEN. Derzeit unterstützt er die Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Düsseldorf.

Walter, Franz (2010): Gelb oder Grün?

Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. transcript Verlag.



Moin moin!

Lange Tage und kurze Nächte in Kiel

„Steuererhöhungsorgie? Sieg der Linken über die Realos? Stromlinienförmigkeit als Vorbereitung auf künftige Regierungsverantwortung im Bund?"– Die Presseresonanz auf den Bundesparteitag ist sehr unterschiedlich ausgefallen. Es war jedenfalls ein thematisch sehr breit aufgestellter Parteitag.

Von unseren Delegierten der diesjährigen BDK

Los gings am Freitagabend mit einer Einschätzung zur politischen Lage durch den Bundesvorstand und dem Thema Euro- und Europakrise unter Beteiligung des ehemaligen griechischen Premier Papandreou als prominentem Redner. Am Samstag dann die Behandlung der 15 von den Delegierten ausgewählten Basis-Anträge zu verschiedenen Themen. Anschließend standen noch die Steuer- und Finanzpolitik und unser Konzept für nachhaltiges Wirtschaften, der „Green New Deal", auf der Tagesordnung sowie die Suche nach Wegen zu einer inklusiven Gesellschaft. Wir verabschiedeten den Haushalt der Bundespartei und, in einer bewegenden Sequenz, auch den langjährigen Bundesschatzmeister Dietmar Strehl. Sein Nachfolger Benedikt Mayer wurde von seinen bayerischen Delegierten mit dem Spruchband: „Benedikt, wir sind Bundesschatzi" gefeiert. Am Sonntag ging es um das schwierige Thema NPD-Verbot, den großen Komplex Demokratie und Transparenz. Für eins der großen Zukunftsthemen, die Netzpolitik, blieb dann am Ende eindeutig zu wenig Zeit, um es intensiv genug zu diskutieren. Alle Anträge und Beschlüsse findet Ihr im Netz unter ***www.gruene.de***. Selbstverständlich schicken wir sie auch auf Anfrage im KV-Büro ausgedruckt zu.

Neben der Option, durch ein Ranking die Anträge zu „Verschiedenes" zu gewichten, gab es eine weitere Neuerung auf diesem Parteitag – eine Workshopphase zu 10 Themen aus dem Bereich Demokratie. Die inhaltliche Qualität der Arbeitsgruppen war zwar sehr unterschiedlich, aber alle waren sich einig, dass diese Form der breiteren Beteiligung beibehalten und weiter entwickelt werden sollte.

Freitag 17 bis 23 Uhr. Samstag 9 – 22 Uhr (für einige Delegierte begann der Tag schon um 8), Sonntag 9 bis 13 Uhr; Hotelentfernung zur Halle mit öffentlichen Verkehrsmitteln 60 Minuten... An- und Abfahrt nach Kiel jeweils mindestens 4 Stunden. Es war ein anstrengendes Wochenende für die sechs Bielefelder Delegierten, aber auch

Was wird Dir von der Kieler BDK besonders in Erinnerung bleiben?

Bernd Ackehurst

Bundesdesdelegiertenkonferenz – das heißt auf der einen Seite endlose Diskussionen, langes Sitzen in fensterlosen Hallen, frühes Aufstehen am Sonntagmorgen, aber auf der anderen Seite auch interessante Menschen und Meinungen, Begegnungen und Gedankenaustausch und vor allem das Gefühl, in der richtigen Partei zu sein.
Hier in Kiel haben wir die richtigen Entscheidungen zu den wichtigen Themen wie Demokratie, Wirtschaft oder Europa gefällt. Es hat sich gelohnt und ich bin beim nächsten Mal wieder dabei.

Mouna Willmann

„Antwort Grün". So lautete das Motto der BDK in Kiel und die zahlreich – zum Teil von weit her – angereisten Gastredner beherzigten dieses Motto wie selbstverständlich in ihren Redebeiträgen. Entsprechend war der Applaus. Ob auf Englisch vorgetragen von Giorgos Papandreou, dem Ex-Ministerpräsidenten Griechenlands und Präsident der Sozialistischen Internationale oder in „Schwitzerdütsch", gespickt mit vielen humorigen Anmerkungen und Erläuterungen von Moritz Leuenberger, dem ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten. Aber auch unser neuer Bundeschatzmeister Benedikt Mayer bewies neben Zahlenkenntnissen auch Humor und wurde mit einem sehr starken Ergebnis in sein neues Amt gewählt. Der Landesverband Bayern – für den Benedikt noch bis vor vier Wochen Landesschatzmeister war, 11 Jahre lang – konterte seinen großen Verlust mit einem entsprechend großen Spruchband „LV Bayern: Wir sind Bundesschatzi".

Franziska Richter

Das dichte und anspruchsvolle Arbeitsprogramm der BDK schien zunächst überwältigend – Finanzen, Demokratie, Wirtschaft, Inklusion, und alles in drei Tagen. Doch der Parteitag war super vorbereitet, die Antragskommission und die AntragstellerInnen arbeiteten auf Hochtouren, so dass sehr gute Beschlüsse gefasst werden konnten. An einigen Stellen hätte ich mir gewünscht, dass Kontroversen ausgetragen werden, etwa beim Thema CCS. Perspektivisch könnten wir Mitglieder im KV Bielefeld im Vorfeld der BDK eigene Anträge entwickeln und die Beschlüsse so noch aktiver mitgestalten.

Britta Haßelmann

Diskussion über Finanzen: Dreiklang aus Ausgabenkürzung, Abbau (ökologisch schädlicher) Subventionen, Einnahmeverbesserung (Spitzensteuersatz, Vermögensabgabe), große Aufgabe für die Finanzkommission, die eingerichtet wurde. So soll für die Partei vorbereitet werden, welche sozialen und ökologischen Projekte wir priorisieren und wo wir angesichts der enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern & Kommunen Schwerpunkte setzen. Bedeutet viel Vorarbeit und intensive Debatten für uns!
Und der tolle Auftakt am Sonntag mit Moritz Leuenberger zu „Direkter Demokratie in der Schweiz" wird mir als sehr erfrischend in Erinnerung bleiben.

Matthi Bolte

Das Wichtigste vorweg: Mit den BielefelderInnen macht's immer Spaß sich durch Berge von Anträgen zu kämpfen! Die Workshops als neues Programmelement und die noch einmal intensivierte und besonders schnellere Netzbegleitung haben gezeigt, dass auch bei uns GRÜNEN die Arbeitsstrukturen in Bewegung sind. Das ist sehr gut! Diese offenen Formen sind partizipativ wie produktiv. Hier zeigt sich, dass sich die klassische Parteitagsstruktur verändern, offener werden muss. Das bedeutet auch, dass wir wieder mehr Kontroversen zulassen und nicht bis zur letzten Minute an Kompromissen arbeiten sollten. Nicht gelungen fand ich auch die Aufteilung der drei Tage: Während die Themen Freitag und Samstag weitgehend unstreitig abgearbeitet wurden, fehlte – als es am Sonntag kontrovers wurde – die Zeit für die Diskussion zu den Themen Demokratie und Netzpolitik.
in sein neues Amt gewählt. Der Landesverband Bayern – für den Benedikt noch bis vor vier Wochen Landesschatzmeister war, 11 Jahre lang – konterte seinen großen Verlust mit einem entsprechend großen Spruchband „LV Bayern: Wir sind Bundesschatzi". Gratulieren können wir uns auch.
„Wir sind Bundesschiedsgericht",
dank Hartmut Geil.

Marianne Weiß

Danny Cohn-Bendit und sein leidenschaftliches Plädoyer für Europa. Eingeleitet mit (sinngemäß): „Wenn man persönlich (aufgrund seiner Krebserkrankung) und politisch (durch die Eurokrise) feststellt, dass man in seinen Grundfesten erschüttert wird, schärft das den Blick und den Kampfgeist...". Mein Workshop mit ca. 40 Leuten, wo sich fast alle Teilnehmenden an der Debatte beschäftigten. Wilfried Kretschmann mal wieder, der so gar nicht das Coole Smarte repräsentiert und doch die richtigen Worte fand, als er als einer der wenigen auf die mittlerweile gesunkenen Umfragewerte für die GRÜNEN einging: „Ja, wo gibt's denn sowas, dass es immer nur glatt bergauf geht?" Müde von der Anstrengung, aber auch beflügelt durch die Themenvielfalt.

Marcus Stichmann

Das etwas schräge Pinguin-Beispiel, mit dem Markus Kurth die Debatte über Wege in eine inklusive Gesellschaft einleitete. Stellte es doch die Argumentation auf den Kopf: nicht völlige Unterwerfung und Anpassung an eine gegebene Umgebung ist der Weg, sondern die Identifikation und Beseitigung der Barrieren, die uns an der Entfaltung der vielfältigen Begabungen und an der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe behindern. Die Debatte zur Inklusion nutzten viele Delegierte, um abseits sozialromantischer Vorstellungen eindrucksvoll den Stellenwert der Inklusion als Menschenrecht zu betonen. Als Ersatzdelegierter kam ich nicht zum Abstimmen, aber mit interessanten Eindrücken aus den Debatten zurück. Ein weiterer davon: hinter den Kulissen wird enorme Arbeit zur Integration der Anträge geleistet – sichtbar wird das nur, wenn man den Ordner mit den unterschiedlichsten Änderungsanträgen durchackert. Das alles von den Delegierten abstimmen zu lassen würde eine Woche BDK bedeuten!

Wir sind Bundes-Schiedsi

Mit größtmöglicher Zustimmung wurde unser grüner Ratsherr Hartmut Geil in Kiel in seiner Funktion als Vorsitzender des grünen Bundesschiedsgerichts bestätigt. Eine Tätigkeit, die, wie der als Anwalt tätige, Hartmut in seiner Vorstellung berichtete, die Verwirklichung eines Jugendtraums bedeutete: Einmal Richter sein! Gratulation zur Wiederwahl!

Grüner Trainee: Eike Leidgens, den wir kürzlich neu im KV begrüßen durften, war im Rahmen des grünen Trainee-Programms ebenfalls in Kiel dabei. Er rettete vielleicht noch nicht die Welt, aber Dienstübernahme am grünen Infostand kann dafür zumindest ein Anfang sein...

Kommunalpolitische Arbeitskreise
- Termine siehe big-Rückseite -

GrünAktiv-

Neues aus Projekten und Arbeitsgruppen

Eine regelrechte Gründungswelle für Projekte und Arbeitsgruppen hat uns derzeit erfasst und wir begrüßen auch weiterhin alle neu dazu Kommenden. Wenn Dein Thema noch nicht dabei ist, melde Dich bei uns! Sowohl die neue AG „Arbeit, Steuern und Umwelt“ als auch die, sich in der Gründungsphase befindliche, Europa-Gruppe sind auf diesem Weg entstanden.

Wo kannst Du einsteigen/mitmachen?

Unsere Mitmach-Angebote in alphabetischer Reihenfolge:

Die Gruppen tagen in der Regel im Grünen Büro, Kavalleriestraße 26. Aktuelle Termine sind, falls unten nicht angegeben, auf der Homepage unter www.gruene-bielefeld.de oder im Grünen Büro (Tel. 0521/17 97 67) zu erfragen.

800 Jahre Bielefeld – der grüne Beitrag

Noch scheint der Termin der 800-Jahr-Feier im Jahre 2014 in weiter Ferne zu liegen. Dennoch ist es jetzt an der Zeit, unseren Beitrag dazu zu erarbeiten. Die Vorbereitungen in der Stadt laufen schon auf Hochtouren, auch wenn man noch nicht allzu viel im Stadtbild davon mitbekommt. Wer also Lust hat, in diese Projektgruppe seine Ideen einzubringen, ist herzlich eingeladen mitzumachen.

Kontakt: bernd.ackehurst@gruene-bielefeld.de

„Entwicklung eines grünen Steuersystems“

Besseres Steuer-/Abgabensystem gegen Armut und Umweltzerstörung

Die gegenwärtige Krise mit überschuldeten Euroländern zeigt überdeutlich, wie sensibel unser Wirtschaftssystem und dessen Währung ist.

Um aber trotzdem ökologische und arbeitsmarktrelevante Ziele besser erreichen zu können, ist es unerlässlich, sich die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu verdeutlichen, Ursachen von Schieflagen zu erkennen und sich Gedanken über mögliche Veränderungen zu machen.

Zu diesem Zweck wird ein neuer Arbeitskreis gegründet, der sich einmal pro Monat in Bielefeld treffen soll.

Termine: Letzter Donnerstag im Monat ab November - wegen der Feiertage: 26.1.2012, 20.00 Uhr

Folgende Unterthemen sind für die einzelnen Termine vorgesehen:

1. Wie wirken sich die heutigen Steuer- und Abgaben-Arten auf Arbeitsplätze und Ökologie aus ?

- Mehrwertsteuer
- Gesetzliche Sozialversicherung
- Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer

2. Unterschiedliche Belastung von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern mit Steuern/Abgaben und die Entstehung der Einkommensschere

3. Bisherige Konzepte zum Abbau von Arbeitslosigkeit, Steuer-Ungerechtigkeit und Abwendung von Haushalts-Defiziten.

4. Der „Green New Deal“ und die Grüne Marktwirtschaft

5. Vorschläge zur Änderung der Steuern und Abgaben, die ...

- Arbeitsplätze nicht gefährden, sondern erhalten und fördern,
- Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen,
- Soziale Leistungen sichern und ökologische Maßnahmen ermöglichen,
- Unternehmen entlasten, die sozial und ökologisch wirtschaften

Kontakt: Jörg Meyer zu Theenhausen, Tel. 05201-667539, eMail: briefatbiohof-mobil.de Sandra.Menke@gruene-bielefeld.de

Bielefelder Innenstadtentwicklung

Derzeit werden entscheidende Weichen für die Entwicklung der Bielefelder City gestellt. Der Umbau des Kesselbrinks hat begonnen, der Umzug der Stadtbibliothek steht an, die Diskussion um eine Verkehrsberuhigung und Neuordnung des Jahnplatzes nimmt Fahrt auf, Investoren planen neue Einkaufszentren.

Was sind unsere grünen Ideen und Antworten? Mehr Bäume und weniger Autos zu fordern, wird nicht reichen. Unsere Ziele, Plätze zu beleben, Aufenthaltsqualität zu steigern, Märkte zu fördern, vielfältigen Einzelhandel, Wohnen und Arbeiten in der City zu verbinden, müssen wir konkreter machen. Welche Impulse bringen wir ein?

Wir konzentrieren uns hierbei derzeit besonders auf das Quartier Wilhelmstraße, das es nach dem Auszug der Stadtbibliothek neu zu entwickeln gilt.

Nächster Termin 17.1.2012, 18.00

Kontakt: marianne.weiss@gruene-bielefeld.de

Europa

Die GRÜNEN waren immer eine europäisch ausgerichtete Partei, daran gab es nie Zweifel. Aber was bedeutet das in Zeiten der europäischen Krise(n), die sich beileibe nicht auf Währungs- und Staatsfinanzprobleme reduzieren lassen? Die Partei hat sowohl zur allgemeinen europäischen Lage, als auch zur Finanzkrise auf ihrem Bundesparteitag Beschlüsse gefasst, die es nun auch auf Parteibasisebene mit Leben zu füllen gilt. Einige InteressentInnen am Thema haben sich schon gefunden...

Kontakt: christoph.sundergeld@gruene-bielefeld.de

Grüne Frauen – traut Euch

Wir wollen uns in diesem Arbeitskreis mit frauenrelevanten, gesellschaftspolitischen Fragestellungen beschäftigen. Themen, wie Lohnungleichheit, fehlende Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen am Arbeitsmarkt, die Frauen schlechtere Chancen im Erwerbsleben verschaffen, oder auch die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und ältere Angehörige, die Frauen in die Rolle der Familienarbeiterin drängen, wollen wir in diesem Rahmen diskutieren. Mit dem Green New Deal haben die Grünen bundesweit einen Anstoß gegeben, wie diese Ungerechtigkeiten durch einen geschlechtergerechten Umbau unserer Gesellschaft aufgehoben werden können. Wir wollen im Frauen AK an diesem Umbau auf kommunaler Ebene mitarbeiten. Wir wollen Eure Ideen und Wünsche diskutieren und nach außen kommunizieren. Also, traut Euch, mit zu machen. Wir freuen uns auf Euch!

Kontakt: Anja Pappert / anja.pappert@gruene-bielefeld.de

AG Migration

Klimawoche 2012 – der grüne Beitrag

Diesmal soll es frühzeitiger losgehen mit der Planung der Bielefelder Klimawoche als 2011, wo unter extremen Zeitdruck gearbeitet wurde. Wer hat Lust, die Klimawoche 2012 zu begrünen? Start ist im Februar 2012 – InteressentInnen bitte bei Bernd Ackehurst oder im grünen Büro melden.

Kontakt: bernd.ackehurst@gruene-bielefeld.de

GRÜNE Teufel - Die Fußballgruppe

Ob alt oder jung, Mann oder Frau, unerfahren oder Fast-Profi - bei den Grünen Teufeln unserer ins Leben zu rufenden Fußballgruppe ist für alle Platz. Ziel ist es zunächst, sich soweit einzuspielen, dass die beim CSD 2011 mit den „Blauen Engeln", den schwulen Arminen, vereinbarte Partie Grün gegen Blau gut bestanden werden kann. Dann sieht man weiter...

Kontakt: ayse.oezdemir@gruene-bielefeld.de

AG Migration bestimmt künftigen Arbeitsbereich

Themen wie „soziale Chancengleichheit", die „Auseinandersetzungen der Kurden mit den Türken hier in Bielefeld" oder die Frage „Wer macht was im Bereich Integration und Migration in der Stadt" standen bei den Diskussionen des letzten Treffens der AG Migration am 15. November 2011 im KV-Büro ganz weit oben. Die Veranstaltung war trotz einiger Absagen wegen zusätzlich angebotener Termine gut besucht. Sowohl TeilnehmerInnen mit und ohne so genannten Migrationshintergrund waren gekommen.

Am Ende der Veranstaltung wurden die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Termine der Arbeitsgruppe diskutiert und beschlossen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, uns mit dem neuen Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen zu befassen, das noch im Stadium des Entstehens ist und wohl im kommenden Frühjahr verabschiedet werden soll. Die Fragestellung bezieht sich dabei auf die mögliche praktische Anwendung bei uns in Bielefeld. Ein zweiter Themenschwerpunkt soll die verbesserte Öffnung des Öffentlichen Dienstes für Menschen mit Migrationhintergrund sein – zum Beispiel bei der Polizei.

Das nächste Treffen wird am 13. Dezember 2011 ab 19.30 Uhr wieder im KV-Büro an der Kavalleriestraße stattfinden. Auch jetzt ist es noch möglich, dazuzukommen, mitzudiskutieren und Ideen einzubringen. Willkommen.

Konatkt: bernd.ackehurst@gruene-bielefeld.de und ayse.oezdemir@gruene-bielefeld.de

Neue Strukturen bei der Grünen Jugend

Foto von links: Melchior, Till, Leonhard & Henriette

Anstelle des bisher jährlich neu gewählten Vorstands tritt bei der Grünen Jugend Bielefeld nach einer Strukturreform nun eine Kombination aus KoordinatorInnen und Fachreferenten für Bildungs- und Mitgliederfragen ergänzt um den Schatzmeister, dessen Amtszeit ein Jahr beträgt. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Sprecherinnen: Henriette Rübsam und Till Ziehm
Neutmitgliederbeauftragte: Kristina Lanz
Schatzmeister: Melchior Fluhme

Mitgliederwerbekampagne 2011

Für das, was wir vorhaben, sind wir noch viel zu wenige!

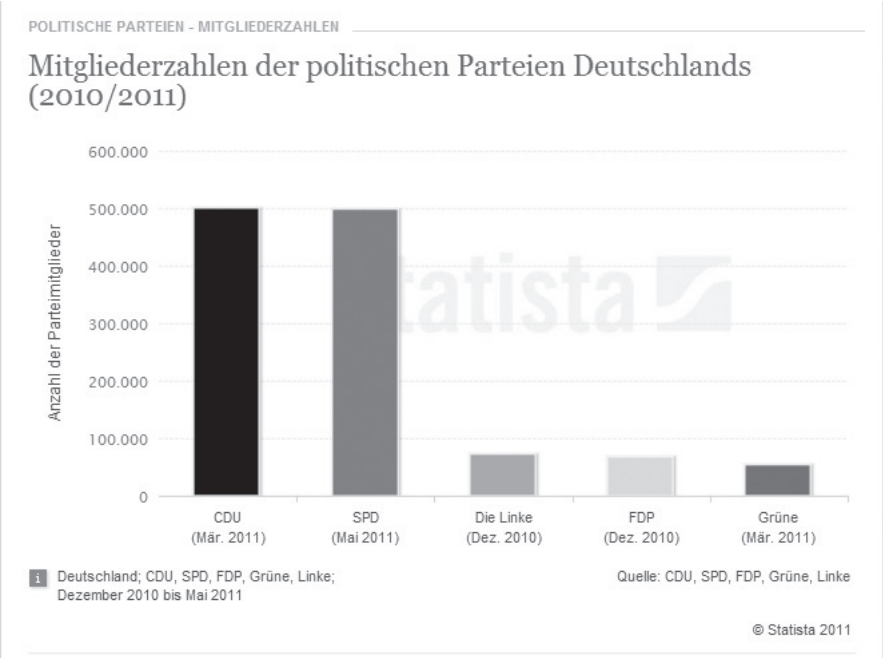
Von Carsten Lottner Fernando

Der Autor arbeitet im offenen Vorstand mit und betreut die Mitgliederwerbekampagne

Bündnis 90/Die GRÜNEN haben sich als drittstärkste Kraft in Deutschland etabliert. Mittlerweile sind wir in allen Landesparlamenten vertreten und spielen auch auf kommunaler Ebene eine bedeutende Rolle. Das Jahr 2011 hat uns Höhenflüge bei den Umfragewerten mit weit über 20 % Zuspruch beschert. In Regierungsverantwortung und Opposition eröffnen sich durch das grüne Wachstum neue Gestaltungsmöglichkeiten. Was aber bei aller Euphorie nicht übersehen werden darf:

Für das, was wir vorhaben, sind wir noch viel zu wenige!

Auch wenn wir derzeit die einzige Partei mit Mitgliederzuwächsen sind, im Vergleich zu den fünf Bundestagsparteien, belegen wir bei der Mitgliederzahl immer noch den fünften Rang. Die Bundespartei hat mittlerweile über 58.000 Mitglieder. Zum Vergleich: CDU und SPD kommen jeweils auf rund 500.000 Mitglieder, Linke und FDP auf rund 73.000, bzw. 68.000.



01. Dezember 2011: 436 Mitglieder

Deshalb suchen wir neue Mitglieder und vor allem MitmacherInnen. Der Kreisvorstand möchte den politischen Rückenwind nutzen und hat eine Mitgliederwerbekampagne ins Leben gerufen. Die Bielefelder GRÜNEN haben mittlerweile 436 Parteimitglieder. Die magische Zahl von 500 Mitgliedern ist in absehbarer Zeit erreichbar! Jeder von uns und Euch ist daher aufgerufen, im eigenen Umfeld ein neues Mitglied zu werben. Parallel dazu setzen wir unsere Mitgliederkampagne in den Stadtbezirken fort: Im Sommer 2011 waren wir mit einem Infostand auf den Wochenmärkten Siegfriedplatz, Jöllenbeck und Stieghorst präsent. Neben der Neuwerbung von Mitgliedern gelingt es uns so, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten auf die Bevölkerung zuzugehen und für die grünen Themen zu werben. Ab Frühjahr 2012 werden wir mit dem Infostand in weiteren Stadtbezirken auffahren.

Aber nur aus Masse lässt sich noch lange kein Kapital schlagen, denn wir brauchen Mitglieder, die mit anfassen wollen, die selbst verändern und gestalten wollen, die ihre Talente für die grüne Sache mit Freude einsetzen möchten. Und wir brauchen Mitglieder, die Bescheid wissen, die sich informieren und durch lebhafte Diskussion die Partei mit gestalten wollen.

Der Integration der Neumitglieder kommt daher eine entscheidende Rolle zu. Mit dem offenem Vorstand, den kommunalpolitischen Facharbeitskreisen (immer montags um 16:00 Uhr), dem MittwochGRÜN und dem Neumitgliedertreffen haben wir wichtige Angebote etabliert. Weitere Möglichkeiten für grünes Engagement bieten unsere Arbeits- und Projektgruppen. Die aktuellen Termine findet Ihr unter

http://www.gruene-bielefeld.de

Helft Grün beim Wachsen!

AUFNAHMEANTRAG

Ich will in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied werden.

Nachname				Vorname	
Straße (1. Wohnsitz)				PLZ, Ort	
Tel.		Geb.Datum		Geburtsort	
Mobil		Geschlecht		Staatsangehörigkeit	
E-Mail				Beruf	

Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von _____ €*. Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus.
(Zutreffendes bitte ankreuzen): ○ monatlich ○ vierteljährlich ○ jährlich

* **Achtung:** Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt bei steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1,5 % des Nettoeinkommens. Der ermäßigte Beitrag für Studierende, SchülerInnen, Erwerbslose etc. beträgt 6,- € . Im Falle von sozialer Härte kann eine Ermäßigung beim Kreisvorstand beantragt werden.
Mitgliedsbeiträge und Spenden sind übrigens steuerabzugsfähig: Bei Beiträgen und Spenden bis zu 1.650,- € für Ledige und 3.300,- € für Verheiratete zieht das Finanzamt 50% der Spendensumme von der Einkommenssteuer ab. Weitere 1.650,- € (3.300,- € für Verheiratete) werden vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Eine Spendenquittung verschicken wir automatisch jeweils am Anfang des folgenden Jahres.

- Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterialien. Als Mitglied erhältst Du automatisch unsere Mitgliedszeitungen, einen Newsletter und Zugang zum Mitgliedernetz **Wurzelwerk** und der Aktionsplattform **Meine Kampagne**. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.
- Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei.
- Ich bin damit einverstanden, alle **Einladungen und Parteitagsunterlagen per E-Mail statt per Post** zu erhalten: ○ Ja ○ Nein

Ort, Datum _____ **Unterschrift**.....

Einzugsermächtigung mittels Lastschrift

Der Beitrag wird per Lastschrift eingezogen. Wir bitten um die Erteilung einer Einzugsermächtigung, die natürlich jederzeit widerrufen werden kann. Hiermit ermächtige ich (bitte geben Sie Ihren Vornamen und Namen ein):

_____ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich mittels Lastschrift die jeweils gültigen Monatsbeiträge in Höhe von z.Zt. _____ € ○ monatlich ○ vierteljährlich ○ jährlich einzuziehen zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nummer _____ bei der **Bank** _____ **BLZ** _____

Ort, Datum _____ **Unterschrift** .....

Vom zuständigen Kreisverband auszufüllen: Die oben genannte Person wurde am ..... als Mitglied der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreisverband Bielefeld aufgenommen.

Ort, Datum, Unterschrift des Kreisvorstandes .....

Bitte ausfüllen, ausdrucken, unterschreiben und per Post senden an:
Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Bielefeld, Kavalleriestr. 26, 33602 Bielefeld

Wann & Wo?

Di 13. Dez. 2011	**19:30 – 21:00 Uhr AG Migration**
Mi 14. Dez. 2011	**18:15 – 20:00 Uhr Kreisvorstand**
Fr 16. Dez. 2011	**19:00 – 21:00 Uhr Stadtteilgruppe Mitte Weihnachtsessen** Neue Börse, Bielefeld
Do 22. Dez 2011 – Fr. 6. Jan 2012	**Grüne Büros ferienbedingt nicht besetzt**
Sa 24. Dez 2011	**12:00 Uhr Demo gegen Neonaziaufmarsch: Bielefeld stellt sich quer**
Mi 11. Jan	**18.15-20.00 Uhr Kreisvorstand**
Di 17. Jan. 2012	**18:00 – 20:00 Uhr AG Bielefelder Innenstadt** Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bielefeld, Kavalleriestr. 26
Fr 20. Jan 2012	**19:30 Uhr** **Geld und Gott – der Mensch zwischen Geld, Mammon und Moral mit Sven Giegold, Präses Buß (angefragt), Banker (angefragt), Occupy NN, (Moderation Britta Haßelmann)** im kulturpunkt, Kavalleriestraße 26 (hinten im Hof), Bielefeld
So 22. Jan. 2012	**11:30 – 13:30 Uhr Grüner Salon: Lohnt sich der Niedriglohnsektor –** Ravensberger Park, Historisches Museum Vortragssaal
Do 26. Jan. 2012	**20:00 – 21:30 Uhr AG Neues grünes Steuersystem**
Fr 3. Feb 2012	**17:00-20:00 Uhr GRÜNES Neujahrstreffen 2012** Termin vormerken! Details folgen mit getrennter Einladung

**Alle Arbeitsgruppen tagen – falls nicht anders angegeben –
in unserem Büro in der Kavalleriestr. 26
Bitte auch Ankündigungen in der Tagespresse und auf gruene-bielefeld.de beachten!**

2011/12 in Grün

mittwochs 14-tägig:
Kreisvorstand, 18:15 Uhr, KV-Büro

***Aktuelle Termine auch unter
www.gruene-bielefeld.de***

Und (außerhalb der Schulferien) immer montags:

Fraktion (Rathaus):

- ***Grüne kommunalpolitische Arbeitskreise ab 16:00 Uhr***
- ***Fraktionssitzung um 17:30 Uhr***
- ***Grüne Jugend 19:00 Uhr im KV-Büro***